

Kinder hinter Gittern



**UNTERRICHTS
MATERIAL**
PHILIPPINEN

Tatort -
Straßen der Welt e.V.

IMPRESSUM



TATORT-STRASSEN DER WELT E.V.

Der **Tatort-Verein** setzt sich weltweit für Kinderrechte ein. Die Kampagnen und Projekte, die der Tatort-Verein unterstützt und selbst initiiert, haben das Ziel, Kinderrechte zu fördern, Armut zu bekämpfen und nachhaltige Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Aus der Gründungsgeschichte des Vereins ergibt sich ein Fokus auf die Philippinen. Dort sorgt der Verein besonders dafür, dass die Rechte von Kindern, so wie sie in der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen aufgeführt sind, beachtet werden.

links: Dietmar Bär, Shay Cullen (PREDA) und Ulrike Thönniges (Tatort - Straßen der Welt e.V.) beim 45. Jubiläum von PREDA im Februar 2019.

ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen



ENGAGEMENT GLOBAL

Engagement Global informiert zu aktuellen Projekten und Initiativen in Deutschland und weltweit. Sie fördert entwicklungspolitische Vorhaben finanziell. Sie berät und qualifiziert Zivilgesellschaft und Kommunen, private Träger und Einrichtungen.

Titelbild: Raffy Lerma

©2020 Tatort - Straßen der Welt e.V.

Text & Redaktion: Emmalyn Liwag-Kotte

Lektorat: Janette Rink

Satz & Layout: Lotta Heimbach

Verantwortlich: Ulrike Thönniges

VORWORT

Sehr geehrte Lehrerinnen und Lehrer, junge Menschen wachsen heute in einer vielschichtigen und auch oft komplizierten Welt auf, deren Unberechenbarkeit sich nur global bewältigen lässt. Diese junge Generation ist weltweit betroffen von den Auswirkungen des Klimawandels, Energie- und Ressourcenverknappung, Armutskrisen, unfairer Weltwirtschaft und vieles mehr. Wir Erwachsenen dürfen nicht wegschauen. Wir Erwachsenen müssen Kinder und Jugendliche bestärken und befähigen die globalen Herausforderungen zu erkennen. Damit das weltweit besser gelingt, ist im Jahr 2005 die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgerufen worden, in deren Rahmen diese Zukunftsthemen in Schule und Unterricht getragen werden. Junge Menschen sollen hier in Deutschland Wissen und Bildung über unsere „Eine Welt“ erhalten. Der Schutz der Kinderrechte ist für Deutschland sowohl international als auch im Rahmen der EU von vorrangiger Bedeutung. Kinder sind in einer besonderen Lebenssituation und in vieler Hinsicht besonders verletzlich. Sie bedürfen daher eines besonderen Schutzes. Auf den Philippinen

verbringen mindestens 250.000 Kinder den größten Teil ihres Lebens auf der Straße. Armut und Missbrauch veranlassen viele philippinische Kinder dazu, von zu Hause wegzulaufen. Allein im Ballungsgebiet rund um die Hauptstadt Manila sind es mehr als 80.000 Kinder. Diese Kinder riskieren immer wieder inhaftiert zu werden, etwa weil sie aus Hunger stehlen oder wegen anderer Bagatellen. Auf den Philippinen dürfen laut Gesetz Kinder unter 15 Jahren nicht ins Gefängnis gesteckt werden. Doch die Realität sieht anders aus - selbst Kinder unter 10 Jahren kommen hinter Gitter. Die Kinder landen in gefängnisähnlichen „Jugendstrafanstalten“. Oft werden sie dort monatelang, sogar jahrelang, ohne Gerichtsbeschluss, ohne Rechtsbeistand, ohne Betreuung, ohne Beschulung, ohne ärztliche Versorgung und ohne jede Hoffnung unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert. Diese Kinder haben keine Chance selbstständig freizukommen. Danke an alle teilnehmenden Lehrerinnen und Lehrer, die sich dieses komplexen Themas, an Hand dieser Broschüre „Kinder hinter Gittern“ annehmen werden. **Ulrike Thönniges** - Geschäftsführung -



Kinderrechte müssen 365 Tage im Jahr im weltweiten Fokus stehen. Wir alle müssen bestmögliche Voraussetzungen schaffen, um den Ansprüchen ganzjährig gerecht werden zu können. Die Verwirklichung – oder Verweigerung – der Kinderrechte bestimmt maßgeblich die Entwicklungschancen von Kindern. Darum müssen wir noch intensiver daran weiterarbeiten, Über-Lebenssituationen von Kindern auf der ganzen Welt zu verbessern.

Klaus J. Behrendt



Es ist so wichtig Kindern und Jugendlichen auf Augenhöhe zu begegnen. Der englische Schriftsteller Charles Dickens formulierte es auf den Punkt: „Kinder erleben nichts so scharf und bitter wie Ungerechtigkeit.“ Kinder und Jugendliche müssen Bescheid wissen, welche Rechte sie haben, wie sie diese entweder ausüben können oder wo sie Hilfe und Unterstützung bekommen können, wenn ihre Rechte bedroht sind oder missachtet werden.

Dietmar Bär



Allen Kindern und Jugendlichen müssen Entfaltungs-, Entwicklungs- und Beteiligungsmöglichkeiten geboten werden. Ihnen müssen Perspektiven geboten werden, die die selbstbestimmte Gestaltung des eigenen Lebens fördern. Eines der wichtigsten Kinderrechte ist eben in einer guten Bildung aufgehoben.

Joe Bausch

INHALTSVERZEICHNIS

- 2 Impressum
- 3 Vorwort
- 4 Inhaltsverzeichnis
- 5 Einführung
- 6 UN-Kinderrechtskonvention
- 8 Wenn Kinder und Jugendliche mit dem Gesetz in Konflikt geraten
- 9 Das Jugendstrafrecht auf den Philippinen
- 10 Die Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland
- 11 Wenn Minderjährige gegen das Gesetz in Deutschland verstoßen
- 12 Das philippinische Gesetz für Straftäter unter 15 Jahren
- 13 Herausforderungen bei der Umsetzung des philippinischen Jugendstrafrechts
- 14 Das typische Profil junger Straftäter auf den Philippinen
- 15 Porträt: Vom Straßenkind zum Musterschüler
- 16 Straftätige Minderjährige sind selbst Opfer:
Situation der Kinder und Jugendlichen auf den Philippinen
- 20 Kinder gehören nicht ins Gefängnis!
- 22 Kinder sind keine Kriminellen
- 23 Was ist „Diversion“?
- 24 Ansätze zur Verhinderung von Straftaten bei Kindern und Jugendlichen
- 29 Fair Trade Genossenschaft WeltPartner e.G.
- 30 Philippinen: Basisdaten
- 32 Einhaltung der Artikel 37 und 40 der Kinderrechtskonvention auf den Philippinen
und in Deutschland
- 35 Weiterführende Materialhinweise und Links zu den behandelten Themen
- 36 Quellen/Links

EINFÜHRUNG

Vor nicht allzu langer Zeit gab es kein Konzept der Kinderrechte, wie wir sie heute kennen. Wie das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF in Deutschland erklärt, wurde das Kind bis in die Neuzeit als Besitz seiner Eltern angesehen: „Diese bestimmten über sein Leben, seine Ausbildung und seine Arbeitskraft; das Kind schuldete Gehorsam. Erst während der Industrialisierung und durch die Einführung der Schulpflicht begann die «bürgerliche Gesellschaft» zwischen der Welt der Kinder und derjenigen der Erwachsenen zu unterscheiden.“ Bis 1896 gab es in Deutschland kein Gesetz, das Eltern bestrafte, die ihre Kinder missbrauchten oder sich nicht ausreichend um sie kümmerten. Aussagen zu Gunsten der Kinder, insbesondere zu deren Schutz, finden sich in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Jedoch erst am 20. November 1959 wurde die UN - Erklärung der Rechte des Kindes verabschiedet. Die Erklärung enthält konkrete Rechte wie das Recht auf einen Namen, eine Staatszugehörigkeit oder unentgeltlichen Unterricht. Sie war jedoch nicht verbindlich. Die erste weltweit verbindliche Formulierung von Kinderrechten wurde am 20. November 1989 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet: das Übereinkommen über die Rechte des Kindes, kurz die UN-Kinderrechtskonvention. Sie trat am 2. September 1990 in Kraft.¹ Mit Ausnahme der USA haben alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen das Abkommen inzwischen ratifiziert.²

Die Kinderrechtskonvention formuliert weltweit gültige Grundwerte im Umgang mit Kindern und umfasst 54 Artikel, die auf vier Grundprinzipien beruhen:

1. Das Recht auf Gleichbehandlung - Kein Kind darf benachteiligt werden, sei es wegen seines Geschlechts, seiner Herkunft oder Staatsbürgerschaft, seiner Sprache, Religion oder Hautfarbe, wegen einer Behinderung oder wegen seiner politischen Ansichten.
2. Das Recht auf Wahrung des Kindeswohls - Wann immer Entscheidungen getroffen werden, die sich auf Kinder auswirken können, hat das Wohl des Kindes

Vorrang. Dies gilt in der Familie genauso wie für staatliches Handeln.

3. Das Recht auf Leben und Entwicklung - Jedes Kind muss Zugang zu medizinischer Hilfe bekommen, zur Schule gehen können und vor Missbrauch und Ausbeutung geschützt werden.

4. Das Recht auf Anhörung und Partizipation - Alle Kinder sollen als Personen ernst genommen und respektiert werden. Das heißt auch, dass man sie ihrem Alter gerecht informiert und sie in Entscheidungen einbezieht.³

Im Mittelpunkt dieser Broschüre stehen zwei Artikel des Abkommens: Das Verbot der Folter, der Todesstrafe, lebenslanger Freiheitsstrafe, Rechtsbeistandschaft (Artikel 37) und die Behandlung des Kindes in Strafrecht und Strafverfahren (Artikel 40). Anhand von Beispielen aus zwei Ländern - den Philippinen und Deutschland – wird erklärt, wie diese Bestimmungen in Ländern umgesetzt werden, die die Kinderrechtskonvention ratifiziert haben.

Literaturhinweis

¹ <https://www.unicef.de/informieren/ueber-uns/fuer-kinderrechte/kurzgeschichte-der-kinderrechte>

² <https://www.kinderrechtskonvention.info/#content>

³ <https://www.unicef.ch/de/ueber-unicef/international/kinderrechtskonvention>

1 DEFINITION "KIND" -18	2 KEINE DISKRIMINIERUNG	3 WOHL DES KINDES	4 VERWIRKLICHUNG DER KINDERRECHTE	5 ROLLE DER FAMILIE	6 LEBEN, ÜBERLEBEN UND ENTWICKLUNG	7 NAME UND NATIONALITÄT
8 IDENTITÄT	9 EINHEIT DER FAMILIE WAHREN	10 KONTAKT MIT ELTERN ÜBER GRENZEN HINWEG	11 SCHUTZ VOR ENTFÜHRUNG	12 ACHTUNG DER MEINUNG VON KINDERN	13 FREIE MEINUNG UND INFORMATION	14 GEDANKEN- UND RELIGIONS-FREIHEIT
15 GRUPPEN BILDEN UND BEITRETEN	16 SCHUTZ DER PRIVATSPHÄRE	17 ZUGANG ZU INFORMATION	18 VERANTWORTUNG DER ELTERN	19 SCHUTZ VOR GEWALT	20 SCHUTZ VON KINDERN OHNE FAMILIE	21 SCHUTZ VON ADOPTIERTEN KINDERN
22 RECHTE GEFLÜCHTETER KINDER	23 RECHTE VON KINDERN MIT BEHINDERUNG	24 GESUNDHEIT, WASSER, UMWELT, ERNÄHRUNG	25 PRÜFUNG DER UNTERBRINGUNG	26 SOZIALE UND WIRTSCHAFTLICHE SICHERHEIT	27 ESSEN, KLEIDUNG, SICHERES ZUHAUSE	28 ZUGANG ZU BILDUNG
29 BESTMÖGLICHE BILDUNG	30 SCHUTZ VON MINDERHEITEN	31 FREIZEIT, SPIEL, KULTUR, KUNST	32 SCHUTZ VOR WIRTSCHAFTLICHER AUSBEUTUNG	33 SCHUTZ VOR SUCHTMITTELN	34 SCHUTZ VOR SEXUELLEM MISSBRAUCH	35 VERHINDERUNG VON KINDERHANDEL
36 SCHUTZ VOR WEITERER AUSBEUTUNG	37 SCHUTZ VON KINDERN IN HAFT	38 SCHUTZ IN BEWAFFNETEN KONFLIKTEN	39 GENESUNG UND REINTEGRATION	40 SCHUTZ IM STRAFRECHT	41 ANWENDUNG DES BESTEN GESETZES	42 BEKANNTMACHUNG DER KINDERRECHTE

43-54
FUNKTIONSWEISE DER KONVENTION

KONVENTION ÜBER DIE RECHTE DES KINDES

7 Kinder müssen bei der Geburt registriert werden und haben das Recht auf einen Namen, eine Geburtsurkunde und eine Staatsangehörigkeit. Soweit möglich sollten Kinder ihre Eltern kennen und von ihnen betreut werden.	6 Jedes Kind hat das Recht zu leben. Alle Staaten müssen sicherstellen, dass Kinder überleben und sich bestmöglich entwickeln können.	5 Alle Staaten müssen Familien und Gemeinschaften ermöglichen, ihre Kinder so zu fördern, dass sie ihre Rechte bestmöglich wahrnehmen können. Je älter die Kinder werden, desto weniger Rat werden sie benötigen.	4 Staaten müssen alles in ihrer Macht Stiehende tun, um sicherzustellen, dass allen Kindern alle Rechte dieser Konvention zukommen, selbst wenn sie nur vorübergehend im jeweiligen Staat leben.	3 Wenn Entscheidungen getroffen werden, soll daran gedacht werden, wie sie sich auf Kinder auswirken. Alle Erwachsenen sollten tun, was am besten für die Kinder ist. Staaten müssen sicherstellen, dass jedes Kind von seinen Eltern – oder falls notwendig von anderen Personen – geschützt und betreut wird. Staaten müssen auch darauf achten, dass alle Personen und Einrichtungen, die Kinder betreuen, bestmöglich für ihr Wohl sorgen.	2 Für jedes Kind gelten alle Kinderrechte, egal wer es ist, wo es lebt, welche Sprache es spricht, welche Religion es hat, was es denkt oder wie es aussieht. Egal welches Geschlecht es hat, ob es eine Behinderung hat, arm oder reich ist und egal wer seine Eltern oder Familien sind und egal was sie glauben oder machen. Kein Kind darf aus irgendeinem Grund ungerecht behandelt werden.	1 Jeder Mensch unter 18 Jahren ist ein Kind.
14 Kinder dürfen sich eigene Gedanken machen, Meinungen bilden und ihre Religion frei auswählen. Die Rechte anderer Menschen dürfen dabei jedoch nicht verletzt werden. Eltern können ihren Kindern zeigen, wie sie dieses Recht wahrnehmen können.	13 Kinder haben das Recht, frei zu äußern, was sie denken und fühlen – durch Reden, Zeichnen, Schreiben oder auf andere Art und Weise. Dabei darf aber kein anderer Mensch verletzt oder gekränkt werden.	12 Kinder haben das Recht, ihre Meinung zu Angelegenheiten, die sie betreffen, frei zu äußern. Erwachsene sollen Kindern zuhören und sie ernst nehmen.	11 Staaten müssen Kinder vor Entführung schützen – beispielsweise wenn ein Kind von einem Elternteil gegen den Willen des anderen Elternteils in ein anderes Land gebracht oder dort festgehalten wird.	10 Wenn ein Kind in einem anderen Land als seine Eltern lebt, müssen Staaten das Kind und seine Eltern dabei unterstützen, Kontakt zu halten und ein Zusammensein zu ermöglichen.	9 Kinder sollen nicht von ihren Eltern getrennt werden, es sei denn, diese betreuen das Kind nicht in richtiger Weise. Dies ist der Fall, wenn ein Elternteil einem Kind Schaden zufügt oder es vernachlässigt. Wenn ein Kind von beiden Eltern oder einem Elternteil getrennt lebt, hat es das Recht, regelmäßig mit beiden Eltern in Kontakt zu sein, außer dies würde dem Kind Schaden zufügen.	8 Jedes Kind hat das Recht auf seine eigene Identität – eine offizielle Registrierung, wer es ist – dazu gehören Name, Nationalität und Familienbeziehungen. Niemand darf dem Kind seine Identität wegnehmen, und wenn dies doch geschieht, müssen die Staaten dem Kind helfen, dass es diese schnell wiedererlangt.
21 Wenn Kinder adoptiert werden, muss im besten Interesse des Kindes gehandelt werden. Wenn ein Kind im eigenen Land nicht ordentlich versorgt werden kann, ist auch eine Adoption in einem anderen Land möglich.	20 Jedes Kind, das nicht bei seiner eigenen Familie leben kann, hat das Recht, auf angemessene Weise von anderen Personen betreut zu werden. Diese Personen müssen Religion, Kultur, Sprache und andere Eigenschaften des Kindes achten.	19 Staaten müssen Kinder vor jeglicher Form von Gewalt, Missbrauch und Vernachlässigung schützen.	18 Eltern tragen die Hauptverantwortung für die Erziehung. Wenn ein Kind keine Eltern hat oder nicht bei ihnen leben kann, sollen andere Erwachsene diese Aufgabe übernehmen. Diese werden „Obsorgeberechtigte“ genannt. Alle Erwachsenen müssen dafür sorgen, dass es Kindern gut geht. Staaten sollen bei dieser Aufgabe unterstützen. Hat ein Kind beide Elternteile, sollen beide für das Kind verantwortlich sein.	17 Kinder haben das Recht, aus Internet, Radio, Fernsehen, Zeitungen, Büchern und anderen Quellen Informationen zu bekommen. Erwachsene sollen sicherstellen, dass die Informationen den Kindern nicht schaden. Staaten sollen die Medien ermutigen, Informationen aus verschiedenen Quellen in kindgerechter Sprache zu veröffentlichen.	16 Jedes Kind hat das Recht auf Privatsphäre. Das Gesetz muss die Kinder vor jeglichen Angriffen auf ihre Privatsphäre, ihre Familie, ihr Zuhause, ihre Kommunikation und ihren Ruf schützen.	15 Kinder können Gruppen oder Organisationen bilden oder beitreten und sich mit anderen Personen friedlich versammeln, sofern niemand dabei zu Schaden kommt.
28 Jedes Kind hat das Recht auf Bildung. Grundbildung soll kostenlos sein. Sekundäre und höhere Bildung soll jedem Kind zur Verfügung stehen. Jedes Kind soll dabei unterstützt werden, den höchstmöglichen Schul- und Ausbildungsabschluss zu erreichen. Schulen sollen gewaltfrei sein und Kinderrechte respektieren.	27 Kinder haben das Recht auf Nahrung, Kleidung und ein sicheres Zuhause, damit sie sich bestmöglich entwickeln können. Der Staat soll Familien und Kinder unterstützen, die sich das nicht leisten können.	26 Alle Staaten sollen Geld oder andere Unterstützung zur Verfügung stellen, um Kindern armer Familien zu helfen.	25 Jedes Kind, das außerhalb der Familie untergebracht wird – zu seiner Betreuung, seiner Schutz oder für seine Gesundheit – hat das Recht, dass regelmäßig überprüft wird, ob es ihm gut geht und ob es sich dabei um den besten Platz für das Kind handelt.	24 Kinder haben das Recht auf die bestmögliche Gesundheitsversorgung, sauberes Trinkwasser, gesundes Essen und eine saubere und sichere Umwelt. Alle Erwachsenen und Kinder sollen darüber informiert sein, wie man sicher und gesund lebt.	23 Jedes Kind mit Behinderung soll das bestmögliche Leben in der Gesellschaft führen können. Staaten sollen alle Hindernisse für Kinder mit Behinderung abbauen, damit sie unabhängig sind und aktiv am Gesellschaftsleben teilnehmen können.	22 Kinder, die aus ihrem Herkunftsland in ein anderes Land fliehen, weil es nicht sicher ist, in ihrem Herkunftsland zu bleiben, sollen gleiche Unterstützung und Schutz erhalten und dieselben Rechte haben wie Kinder, die im jeweiligen Staat geboren wurden.
35 Staaten müssen sicherstellen, dass Kinder nicht entführt oder verkauft werden. Sie müssen auch sicherstellen, dass Kinder nicht in andere Länder oder an andere Orte gebracht und dort ausgebeutet oder ausgenutzt werden.	34 Staaten sollen Kinder vor sexuellem Missbrauch und sexueller Ausbeutung jeglicher Form schützen. Das beinhaltet auch den Schutz davor, dass Kinder zu Sex gegen Geld gezwungen werden, oder den Schutz vor Aufnahmen von sexuellen Bildern oder Filmen von Kindern.	33 Staaten müssen Kinder vor Drogen schützen und darauf achten, dass sie keine Drogen nehmen, herstellen, transportieren und verkaufen.	32 Kinder haben das Recht, vor Arbeit geschützt zu werden, die gefährlich ist oder ihre Bildung, Gesundheit oder Entwicklung gefährdet. Wenn Kinder arbeiten, haben sie das Recht auf Sicherheit und auf faire Bezahlung.	31 Jedes Kind hat das Recht auf Freizeit, Spiel sowie kulturelle und kreative Aktivitäten.	30 Jedes Kind hat das Recht, seine eigene Sprache, Kultur und Religion zu leben, auch wenn die meisten anderen Menschen des Landes, in dem das Kind lebt, eine andere Sprache, Kultur oder Religion haben.	29 Die Bildung von Kindern soll ihnen dabei helfen, ihre Persönlichkeiten, Talente und Fähigkeiten vollständig zu entwickeln. Bildung soll ihnen dabei helfen, die eigenen Rechte zu kennen und die Kulturen und Unterschiede anderer Menschen zu respektieren. Bildung soll helfen, dass alle in Frieden leben können und die Umwelt geschützt wird.
42 Staaten sollen sich aktiv dafür einsetzen, Kindern und auch Erwachsenen diese Konvention näherzubringen, damit alle über die Kinderrechte informiert sind.	41 Wenn die Gesetze eines Landes die Rechte von Kindern besser schützen als diese Konvention, sollen diese Gesetze gelten.	40 Jedes Kind, das beschuldigt wird, gegen ein Gesetz verstoßen zu haben, hat das Recht auf rechtlichen Beistand und gerechte Behandlung vor Gericht. Staaten sollen zahlreiche Lösungen anbieten, damit straffällige Kinder sich wieder gut in die Gesellschaft eingliedern können. Das Gefängnis soll immer die letzte Wahl sein.	39 Jedes Kind hat das Recht auf Hilfe, wenn es verletzt, vernachlässigt, misshandelt oder schlecht behandelt wurde oder von Krieg betroffen war, um seine Würde wiederherzustellen und seine Gesundheit wiederzuerlangen.	38 Jedes Kind hat das Recht auf Schutz in Kriegszeiten. Kein Kind unter 15 Jahren darf zu aktiver Teilnahme an bewaffneten Konflikten herangezogen werden oder einer Armee angehören.	37 Kinder, die beschuldigt werden, mit dem Gesetz in Konflikt geraten zu sein, dürfen nicht getötet, gefoltert oder grausam behandelt werden. Sie dürfen nicht lebensmüde oder zusammen mit Erwachsenen inhaftiert werden. Die Haftdauer soll so kurz wie möglich sein. Inhaftierte Kinder müssen rechtliche Hilfe erhalten und mit ihren Familien in Kontakt bleiben können.	36 Jedes Kind hat das Recht auf Schutz vor jeder Form der Ausbeutung, auch wenn diese nicht explizit in dieser Konvention genannt wird.



KONVENTION ÜBER DIE RECHTE DES KINDES

DIE KONVENTION ÜBER DIE RECHTE DES KINDES DER VEREINTEN NATIONEN IN KINDGERECHTER SPRACHE

Die Konvention über die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen ist ein wichtiges Übereinkommen von Staaten, die versprochen haben, Kinder und ihre Rechte zu schützen.

Die Konvention erklärt, wer Kinder sind, welche Rechte sie haben und die Verantwortung von Staaten. Alle Rechte sind miteinander verbunden und gleich wichtig. Keines der Rechte kann einem Kind weggenommen werden.

Mehr Infos unter unicef.at/kinderrechte

43-54
Diese Artikel erklären, wie Staaten, die Vereinten Nationen – inklusive des Kinderrechtsausschusses und UNICEF – sowie andere Organisationen zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass allen Kindern alle Rechte zukommen.

unicef | für jedes Kind

WENN KINDER UND JUGENDLICHE MIT DEM GESETZ IN KONFLIKT GERATEN

Für viele junge Menschen auf der ganzen Welt ist der Weg ins Erwachsenenalter nicht einfach. Cliques helfen ihnen bei der Suche nach ihrer eigenen Identität und Zugehörigkeit. Aber oft führen sie auch zu leichtsinnigen Abenteuern, Mutproben und unüberlegtem Handeln. Diese führen manchmal dazu, dass Kinder und Jugendliche die Grenzen des Strafrechts überschreiten, ohne sich der Konsequenzen bewusst zu sein. Was passiert also, wenn sie gegen das Gesetz verstoßen?

Tausende Kinder und Jugendliche werden z.B. wegen Sachbeschädigung in Deutschland angezeigt. Viele werden bei Vandalismus, Körperverletzung und Ladendiebstahl erwischt. Nach deutschem Strafrecht bleiben sie generell straffrei, wenn sie unter 14 Jahren sind. Wer nicht das siebente Lebensjahr vollendet hat, ist laut deutschen Gesetzes (§ 828 BGB) für den Schaden, den er einem anderen zufügt, nicht verantwortlich. Hat ein Straftäter das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet, gilt er als "bedingt strafmündig".¹ Das deutsche Strafrecht für Jugendliche stellt nicht die Strafe in den Vordergrund. Junge Straftäter von 14 bis unter 21 Jahren werden nicht automatisch hart bestraft, sondern erzogen, um weitere Straftaten zu verhindern.

Im Einklang mit ihren Verpflichtungen als Unterzeichner der UN-Kinderrechtskonvention verabschiedeten Länder wie die Philippinen entsprechende Gesetze zur Jugendgerichtsbarkeit. So hat die philippinische Regierung 2006 das Jugendrecht- und Schutzgesetz (Juvenile Justice and Welfare Act - JJWA) erlassen, um eine altersgerechte Behandlung von Kindern zu gewährleisten, die in Konflikt mit dem Gesetz geraten sind. Das neue Gesetz erhöhte das Mindestalter für Strafmündigkeit von neun auf 15 Jahre und folgte dem Prinzip der UN-Kinderrechtskonvention, dass die Festnahme und Inhaftierung eines Kindes nur als letztes Mittel angewandt werden sollte. Es förderte die Schaffung eines Justizsystems, das sich auf Rehabilitation statt auf Bestrafung konzentriert.

Danach gelten Kinder, die im Konflikt mit dem Gesetz stehen, nicht als Kriminelle. Sie brauchen Hilfe, keine Vergeltung. Das Gesetz betrachtet jugendliche Straftäter als Opfer ihrer Umstände und gibt ihnen die

Möglichkeit, sich zu ändern, besser zu werden und für eine bessere Zukunft zu arbeiten. Viele loben es, aber das Gesetz wird auf den Philippinen kaum ordnungsgemäß und vollständig umgesetzt. Wo dies geschehe, gebe es gute Ergebnisse und weniger straftätige Kinder.

Bahay Pag-asa bedeutet wörtlich "Haus der Hoffnung". Nach dem philippinischen Gesetz ist es eine Einrichtung, die von lokalen Regierungseinheiten und akkreditierten Nichtregierungsorganisationen gegründet, finanziert und verwaltet wird und für die kurzzeitige Heimbetreuung der Kinder im Konflikt mit dem Gesetz zuständig ist. Hierhin kommen:

- Kinder, die über 15 Jahre alt, aber unter 18 Jahre alt sind und auf die gerichtliche Entscheidung über ihre Fälle oder die Übergabe an andere Behörden warten
 - über 12 - 15-Jährige, die schwere Straftaten begangen haben oder Wiederholungstäter sind;
 - über 12 - unter 18-Jährige, die als vernachlässigt und/oder verlassen gelten, die notwendige intensive Interventionen erhalten.
- Laut Gesetz soll ein Bahay Pag-asa ein multidisziplinäres Team haben, das sich aus Sozialarbeiter*Innen, Psycholog*Innen, Ärzt*innen, Erziehungsberater*Innen und lokalen Regierungsvertretern für Kinderschutz (BCPC) zusammensetzt, aber nicht darauf beschränkt ist. Das Team wird zusammenarbeiten, um den geeigneten individuellen Interventionsplan für das Kind und die Familie des Kindes zu erstellen.²

Literaturhinweis

¹ <https://dejure.org/gesetze/BGB/828.html>

² Juvenile Justice and Welfare Council (JJWC)-Legislative Advocacy Kit, JJWC National Secretariat, Quezon City, Mai 2019, S. 15

DAS JUGENDSTRAFRECHT AUF DEN PHILIPPINEN

Das philippinische Jugendrecht- und Schutzgesetz schreibt vor, dass es in den 81 Provinzen und 33 Städten des Landes Betreuungseinrichtungen für Jugendstraftäter geben soll. In sogenannten Bahay Pag-asa (Häusern der Hoffnung) sollen 12- bis 15-jährigen StraftäterInnen, die schwere Verbrechen wie Diebstahl, Vergewaltigung, Körperverletzung und Raub begangen haben, betreut unterkommen können. Leider gibt es nicht genug davon. Offiziellen Daten zufolge ist nur die Hälfte der erforderlichen Anzahl dieser Einrichtungen in Betrieb. Diejenigen, die in Betrieb sind, sind überfüllt. Die meisten erfüllen nicht die erforderlichen Hygienestandards und halten sich nicht an die Vorschriften, die die Bereitstellung gesunder Mahlzeiten, Kleidung und angemessener Toileteneinrichtungen fordern. Sie haben keine Betten; die Inhaftierten müssen auf dem Boden schlafen. In den meisten Einrichtungen gibt es zu wenige SozialarbeiterInnen und die Angestellten sind meist auch nicht für den Umgang mit Jugendlichen geschult. In Städten, in denen es kein Bahay Pag-asa gibt, behaupten Regierungsfunktionäre, dass sie kein Geld haben, um das Gesetz umzusetzen. Hier landen Kinder- und JugendstraftäterInnen in normalen staatlichen Haftanstalten mit noch schlechteren Bedingungen. Auch Kinder, die jünger als zwölf Jahre sind, werden wegen Bagatelldelikten wie Herumlungerns, kleinen Diebstählen und Klebstoffschnüffeln hier inhaftiert.

Meist leben diese minderjährigen Straftäter in armen gefährlichen Gegenden. Oft sind sie selbst Opfer aus dysfunktionalen Familien, wo sie häufig missbraucht, ausgebeutet und vernachlässigt werden. Sie verbringen viel Zeit auf den Straßen großer Städte. Hier können sie den winzigen, überfüllten Hütten entkommen, in denen sie leben. Hier finden sie Cliques, die, genau wie sie, ihren armen Verhältnissen entfliehen möchten oder nach Abenteuern suchen. Für kriminelle Banden ist es hier leicht, sie für sich zu gewinnen.

DIE HERABSETZUNG DES STRAFMÜNDIGKEITSAALTERS

Viele philippinische Gesetzgeber glauben, dass Kinder von kriminellen Banden ausgebeutet werden können, weil sie strafrechtlich nicht haftbar sind. Im Januar 2019 genehmigte ein Kongressausschuss einen Gesetzentwurf, mit dem das Strafmündigkeitsalter von 15 auf 9 Jahre zurückgesetzt werden soll. Das vorgeschlagene Mindestalter für Strafmündigkeit wurde in einem anderen Gesetzentwurf, der im philippinischen Senat vorgeschlagen wird, auf zwölf Jahre festgelegt. Experten für Kinderpsychologie und Kinderrechtsverteidiger sagen, dass auch eine solche Gesetzesänderung marginalisierte Kinder und Jugendliche weiter benachteiligen wird.

Dem Präsident Rodrigo Duterte gefällt die vorgeschlagene Gesetzesänderung. Syndikate setzten Kinder für Drogenhandel und andere kriminelle Aktivitäten ein, so sein Argument. KritikerInnen halten die Gesetzesänderung jedoch für unnötig, weil sie in den letzten Jahren festgestellt haben, dass die Kinderkriminalität abgenommen hat. Polizeistatistiken von 2018 zeigen, dass nur 2,3 Prozent aller Vergehen von Kindern begangen wurden. Laut GegnerInnen der Senkung des Strafmündigkeitsalters können Strafmaßnahmen Kinder nicht davon abhalten, Straftaten zu begehen. Ohne geeignete Einrichtungen zur Unterbringung und Wiedereingliederung würden kriminelle Jugendliche einfach in Erwachsenengefängnissen landen. Dort werden sie hartgesottene VerbrecherInnen begegnen und eine Resozialisierung würde für sie immer schwerer.

Es wird vorgeschlagen, das bereits geltende Jugendrecht- und Schutzgesetz (JJWA) von 2006 besser und ordnungsgemäß umzusetzen, z.B. durch die Errichtung von zusätzlichen Betreuungseinrichtungen für JugendstraftäterInnen und die Beschäftigung von mehr PsychologInnen und SozialarbeiterInnen.

DIE EINHALTUNG DER UN-KINDERRECHTSKONVENTION IN DEUTSCHLAND

Artikel 37 der UN-Kinderrechtskonvention verbietet Folter, grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung, die Todesstrafe, lebenslange Freiheitsstrafe und illegale oder willkürliche Festnahme sowie Inhaftierung. Bei der Inhaftierung soll das Kind angemessen behandelt und von inhaftierten Erwachsenen getrennt werden. Es soll in der Lage sein, familiären Kontakt aufrechtzuerhalten und sofort Zugang zu rechtlicher oder anderer angemessener Unterstützung zu haben. Jedes Kind, das verdächtigt oder verurteilt wird, eine Straftat begangen zu haben, hat laut Artikel 40 Grundrechte - insbesondere das Recht auf ein faires Verfahren sowie rechtliche oder andere angemessene Unterstützung bei der Vorbereitung und Ausübung seiner Verteidigung. Die Kinderrechtskonvention verpflichtet Vertragsstaaten alle Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass alle Rechte ausnahmslos jedem Kind gewährt werden.¹

Wird diese Vereinbarung bei der Anwendung des Jugendstrafrechts in Deutschland eingehalten?

Die Kinderrechtskonvention ist für die Bundesrepublik Deutschland am 5. April 1992 in Kraft getreten, aber zunächst unter einem Vorbehalt: Da in der Bundesrepublik die Abschiebehaft auch gegen Kinder und Jugendliche verhängt wurde, hat sie dem Ausländerrecht in Deutschland Vorrang vor der Kinderrechtskonvention gegeben. Die darauf beruhende Vorbehaltserklärung bei der Unterzeichnung der Kinderrechtskonvention ist von Deutschland am 15. Juli 2010 durch Hinterlegung einer Rücknahmeerklärung bei den Vereinten Nationen zurückgenommen worden. Damit gilt Artikel 3 Absatz 1 der Konvention inzwischen auch in der Bundesrepublik ohne Einschränkung, sodass "bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ...das Wohl des Kindes ... vorrangig zu berücksichtigen ist".² Das deutsche Jugendstrafrecht ist ein Sonderstrafrecht für junge Täter, die zur Zeit ihrer Tat das 14., aber noch nicht das 21. Lebensjahr vollendet haben. Sein Ziel ist nicht Vergeltung der Tat oder Schuldausgleich (Tatstrafrecht). Ziel des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) ist vielmehr, den straf-

fällig gewordenen jungen Menschen zu einem Leben ohne Straftaten anzuhalten und erforderlichenfalls zu befähigen. Es verfügt über eine Vielzahl unterschiedlicher Sanktionsoptionen, mit denen flexibel auf die Lebenssituationen und -bedürfnisse junger Menschen reagiert werden kann. Stationäre Strafen im Zusammenhang mit Freiheitsentzug sind zu einer Ausnahme geworden. Im Vordergrund stehen normverdeutlichende Sanktionen, insbesondere Verwarnungen sowie Auflagen, wie z.B. gemeinnützige Arbeit zu leisten oder einen Geldbetrag zu bezahlen. Um das Ziel der Rückfallverhütung zu erreichen, stellt das JGG auch helfende, stützende und betreuende Sanktionen zur Verfügung wie z.B. Diversion.³

Ein Diversionsverfahren bietet sich vor allem an, wenn der Jugendliche das erste Mal straffällig geworden ist, seine Schuld als gering eingeschätzt wird, er seine Schuld eingesteht oder wenn er einem anderweitigen Beweis für seine Tat und Schuld nicht widerspricht. Die Diversion ist strafrechtlich relevanten Verfehlungen vorbehalten, die als jugendtypisches, das heißt leichtsinniges, unbekümmertes und planlos situationsbedingtes Fehlverhalten einzustufen sind. Hierunter können z. B. folgende Straftaten fallen: Diebstahl und Unterschlagung von geringwertigen Sachen bzw. einem Sachwert unter 25 Euro; Fahrerflucht bei einem geringwertigen Schaden oder wenn der Beschuldigte wesentlich zur Unfallaufklärung beigetragen hat; Hausfriedensbruch; Sachbeschädigung; und fahrlässige Körperverletzung und leichte Fälle der vorsätzlichen Körperverletzung.⁴

Literaturhinweis

¹ https://www.unicef.ch/sites/default/files/2018-08/un-kinderrechtskonvention_kurz_de.pdf

² Vorbehaltserklärung Deutschlands <https://www.kinderrechtskonvention.info/vorbehaltserklaerung-deutschlands-356/>

³ Strafsanktionen im deutschen Jugendstrafrecht - Ziel, Handhabung und Wirkungen, 24 Thesen, Prof. Dr. Wolfgang Heinz, Universität Konstanz, Vortrag im Rahmen der Tagung der IRZ-Stiftung „Verbesserung und Diversifizierung des serbischen Jugendstrafrechts“ 16. Okt. 2006, Bonn, S. 3 http://www.uni-konstanz.de/rf/kis/heinz-sanktionen-jugendstrafrecht-24-thesen.htm#_Toc156730605

⁴ <https://www.koerperverletzung.com/diversion/>

WENN MINDERJÄHRIGE GEGEN DAS GESETZ IN DEUTSCHLAND VERSTOSSEN

„Schuldunfähig ist, wer bei Begehung der Tat noch nicht vierzehn Jahre alt ist.“ So lautet Paragraph 19 des Strafgesetzbuches (StGB). Spektakuläre Verbrechen von Kindern führen jedoch dazu, dass einige Politiker die Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters auf zwölf Jahre und die radikale Verschärfung der Strafbestimmungen für Jugendliche fordern. Dagegen sprechen Rechtsexperten wie Jens Gnisa, Vorsitzender des deutschen Richterbunds. Der Staat habe bereits die Mittel, um in extremen Fällen durch die Jugendämter und die Familiengerichte einzugreifen.

Eine Debatte folgte, als 12- und 14-jährige Jugendliche im Juli 2019 wegen Vergewaltigung einer jungen Frau in Mülheim angeklagt wurden. Fragen wurden aufgeworfen, was mit Kinder- und Jugendstraftätern bei solchen Handlungen passiert. Welche Maßnahmen gibt es, um solche Fälle anzugehen? Kinder unter 14 Jahren können zivilrechtlich haftbar gemacht werden und müssen aufgrund ihrer Handlung eine Entschädigung für Schmerzen und Leiden zahlen. Denn die Altersgrenzen sind im Zivilrecht anders gestaffelt. Wenn ein Kind zum Zeitpunkt des Verbrechens verstehen konnte, dass es sich schädlich verhält, muss es möglicherweise für von ihm verursachte Schäden haftbar gemacht werden.

Die Eltern können haftbar gemacht werden, wenn das Kind nicht zur Verantwortung gezogen werden kann und wenn sie ihre Aufsichtspflicht verletzt haben. Maßnahmen und Hilfen zur Erziehung unter Aufsicht des Jugendamtes können im Rahmen der Kinder- und Jugendpflege angeordnet werden.

Unter bestimmten Bedingungen ist es auch möglich, dass den Eltern das Sorgerecht für das straffällig gewordene Kind entzogen wird und dieses in einer Pflegefamilie oder einem Heim untergebracht wird. Wenn festgestellt wird, dass das Kind psychisch gestört ist, kann der Richter in schweren Fällen eine Unterbringung in einer Kinder- und Jugendpsychiatrie anordnen.

Es wird angenommen, dass junge Menschen ab 14 Jahren die Folgen ihrer Handlungen generell so gut erkennen können, dass sie strafrechtlich Verantwortung übernehmen müssen, jedoch nur nach dem milderen

Jugendstrafrecht. In dessen Rahmen sind auch Haftstrafen möglich, sie fallen jedoch deutlich geringer aus als bei Erwachsenen. Zusätzlich können Erziehungsmaßnahmen wie Sozialstunden sowie Maßnahmen der Sicherung angeordnet werden: bei schweren Sexualdelikten etwa eine Sicherheitsverwahrung. Das Jugendstrafrecht gilt für Personen bis 17 Jahre, aber im Zweifelsfall bis zum Alter von 21 Jahren. Eine zivilrechtliche Verurteilung und Maßnahmen der Kinder- und Jugendpflege können bei strafmündigen Jugendlichen weiterhin angewendet werden.

*unten: eine Jugendstrafanstalt in Berlin, Foto: Sven Wolter
Lizenz: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode>*



DAS PHILIPPINISCHE GESETZ FÜR STRAFTÄTER UNTER 15 JAHREN

Das Jugendrecht- und Schutzgesetz (JJWA), das 2006 auf den Philippinen verabschiedet und 2013 geändert wurde, bestimmt die Verfahren für Kinder und Jugendliche, die Straftaten begehen.

Laut diesem Gesetz ist ein Kind im Alter von 12 bis 15 Jahren nicht strafmündig, wenn es von seinen Eltern vernachlässigt, verlassen und missbraucht wird. Es kann von der Polizei wegen Klebstoffschnüffeln, Bettelei oder wegen Verstoßes gegen Vorschriften, die das Ausgehen nach Ausgangssperre verbieten, aufgegriffen werden. Aber die Behörde, die den ersten Kontakt mit dem Kind hat, soll es unverzüglich in die Obhut der Eltern/Erziehungsberechtigten oder, im Falle ihrer Abwesenheit, der nächsten Verwandten entlassen.

Wenn die örtlichen Beauftragten für Sozialfürsorge feststellen, dass das Kind von den Eltern verlassen, vernachlässigt oder missbraucht wurde, und wenn es im besten Interesse des Kindes ist, wird es an eine Betreuungseinrichtung für Kinder und jugendliche Straftäter (Bahay Pag-asa) überwiesen.

Das Kind sollte - betreut von den Beauftragten für Sozialfürsorge - mit einem gemeinschaftsbasierten Interventionsprogramm versorgt werden; -z.B. Schulungsmaßnahmen, psychologische, emotionale und psychosoziale Maßnahmen.

Ein Kind über 12 bis 15 Jahre, das schwere Straftaten begeht (u.a. Mord, Kindsmord, Raub mit Totschlag

oder Vergewaltigung) ist von jeglicher strafrechtlichen Verantwortung befreit. Es gilt als vernachlässigtes Kind und muss rechtsverbindlich für mindestens ein Jahr in einem Jugendinterventions- und Unterstützungszentrum (Intensive Juvenile Intervention and Support Center - IJISC) des Hauses der Hoffnung/ Bahay Pag-asa untergebracht werden. Hier legt ein multidisziplinäres Team fest, welche Interventionsprogramme es im Zentrum erhalten soll. Der Antrag auf unfreiwillige Einweisung und Unterbringung ist von Beamten*Innen des Sozialamtes der Gemeinde, bei der die Straftat begangen wurde oder von Sozialarbeiter*Innen der Regierung einzureichen. Das Gericht legt die anfängliche Einweisungszeit des Kindes innerhalb des IJISC fest, die mindestens ein Jahr sein sollte.

Das Gericht entscheidet, ob das Kind das Interventionsprogramm erfolgreich abgeschlossen hat und bereit ist, freigelassen und wieder in seine Familie integriert zu werden oder ob die Fortsetzung seiner Rehabilitation im Zentrum erforderlich ist. Ein Kind über 12 bis 15 Jahre, das wegen Wiederholung von Straftaten gemeldet wurde, ist von jeglicher strafrechtlichen Verantwortlichkeit befreit und gilt als vernachlässigtes Kind.

Wenn das Wohl des Kindes dies erfordert, soll es in einem Haus der Hoffnung/Bahay Pag-asa untergebracht werden. Dort muss sich das Kind einem intensiven Interventionsprogramm unterziehen, das vom örtlichen Sozialbeauftragten überwacht wird. Die Eltern oder Erziehungsberechtigten des Kindes sollen eine schriftliche Genehmigung für seine freiwillige Einweisung stellen.

Wenn das Kind keine Eltern oder Erziehungsberechtigten hat, kann der Antrag auf unfreiwillige Einweisung vom Sozialministerium vor Gericht eingereicht werden.

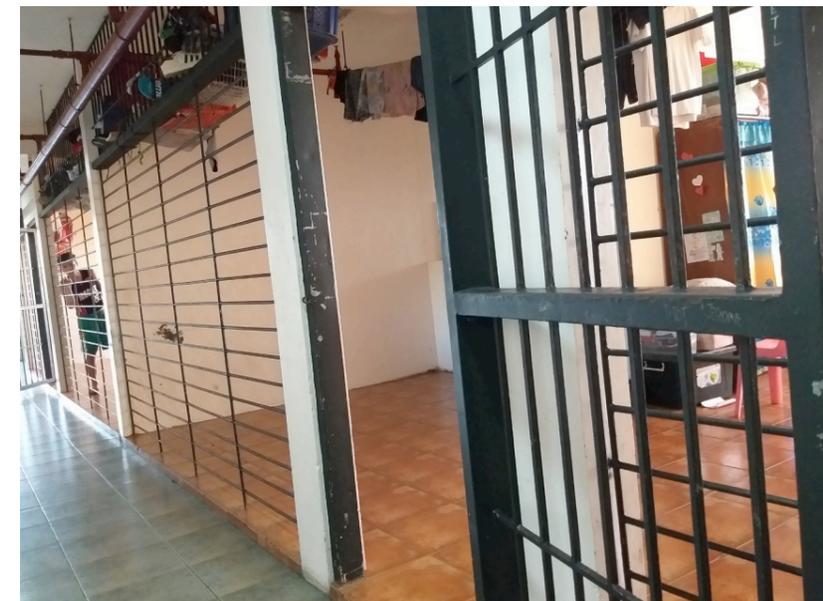
HERAUSFORDERUNGEN BEI DER UMSETZUNG DES PHILIPPINISCHEN JUGENDSTRAFRECHTS

Die philippinische Regierung verabschiedete 2006 das Jugendrecht- und Schutzgesetz (JJWA), um eine altersgerechte Behandlung von Kindern zu gewährleisten, die in Konflikt mit dem Gesetz geraten sind. Die Umsetzung des Gesetzes steht jedoch vor vielen Herausforderungen:

- Die meisten Regierungsvertreter halten sich nicht an ihr Mandat zur Umsetzung des gesetzlich vorgesehenen Jugendgerichts- und Sozialsystems.
- Nur wenige Ortsbehörden setzen alternative Maßnahmen zur Inhaftierung um, insbesondere die Durchführung von Diversionsverfahren.
- Aufgrund der unzureichenden Einrichtungen und des eingeschränkten Zugangs zu alternativen Haftmethoden sind viele Kinder, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten, in regulären Gefängnissen und Haftenrichtungen mit erwachsenen Inhaftierten festgehalten.
- Es gibt nur begrenzte Ressourcen (z. B. Personal) für Jugendinterventionsprogramme.
- Es herrscht mangelhafte Information über Diversionsverfahren (s. Seite 23), über Nachsorgeprogramme und über die Dauer der Inhaftierung von jugendlichen Straftätern.
- Die Anzahl von Bahay Pag-asa und anderen Einrichtungen, die ausschließlich jugendlichen Straftätern mit anhängigen Gerichtsverfahren dienen sollten, ist unzureichend.
- Junge Straftäter bleiben länger in geschlossenen Einrichtungen und Haftanstalten, als sie sollten, da es an sofortiger Rechtshilfe mangelt und die Fälle nur langsam bearbeitet werden.
- Es gibt einen akuten Mangel an zugelassenen Sozialarbeitern, Strafverfolgungsbeamten und Anwälten, die mit Rechtsfällen minderjähriger Straftäter professionell umgehen können.



oben: Kinder werden wegen Bagatelldelikten - wie des Verstoßes gegen die Ausgangssperre - inhaftiert.



oben: Bahay Pag-asa in Marikina City

unten:
Ein Kind hinter Gittern in Manila
Bild: Cajus van Eickels



DAS TYPISCHE PROFIL JUGENDLICHER STRAFTÄTER AUF DEN PHILIPPINEN

Das philippinische Justizsystem für jugendliche Straftäter richtet sich sowohl an gefährdete Kinder, bekannt als Children at Risk (CAR), als auch an Kinder im Konflikt mit dem Gesetz - Children in Conflict with the Law (CICL).

In beiden Fällen bezieht sich „Kinder“ auf Personen unter achtzehn Jahren.

Der Begriff Children at Risk (CAR) bezieht sich auf Kinder, bei denen aufgrund persönlicher, familiärer und/oder sozialer Umstände die Gefahr von Straftaten bestehen. Diese Kinder:

- 1) erleben sexuelle, physische, psychische, mentale, wirtschaftliche oder andere Formen des Missbrauchs durch eine Person und/oder die Eltern; oder Erziehungsberechtigten lehnen es ab, sind nicht bereit oder nicht in der Lage, das Kind zu schützen;
- 2) erleiden Ausbeutung (sexuell oder wirtschaftlich);
- 3) werden verlassen oder vernachlässigt durch Eltern oder Erziehungsberechtigte, die nach sorgfältiger Untersuchung nicht gefunden werden können;
- 4) leben in einer dysfunktionalen Familie mit Abwesenheit der Eltern oder Erziehungsberechtigten
- 5) schwänzen Schule;
- 6) haben eine Existenz als Straßenkind;
- 7) sind Mitglied einer Bande;
- 8) wohnen in einer Gemeinschaft mit einem hohen Maß an Kriminalität oder Drogenmissbrauch; und
- 9) wohnen in einer Situation bewaffneter Konflikte.

"Kinder im Konflikt mit dem Gesetz" sind diejenigen, die nach philippinischem Recht angeblich eine Straftat begangen haben sollen. Sie werden beschuldigt oder verurteilt, eine Straftat nach philippinischem Recht begangen zu haben.

Im Jahr 2018 registrierten philippinische staatliche Behörden 23.767 gefährdete Kinder (CAR) und "Kinder im Konflikt mit dem Gesetz" (CICL). 94 Prozent waren männlich und 6 Prozent weiblich. Die Mehrheit (58 Prozent) von ihnen war über 15 Jahre alt und unter 18 Jahre alt. 38 Prozent waren Kinder zwischen 12 und 15 Jahren. Nur vier Prozent waren 11 Jahre alt und jünger. Die Kinder sind entweder in der 6. Klasse

der Grundschule eingeschrieben, haben sie bereits abgeschlossen, oder sind schon in der 1. oder 2. Klasse der High School. Die meisten von ihnen haben die Schule zum Zeitpunkt der Straftat abgebrochen. Einige hatten keine formale Schulbildung. Studien zeigen, dass Kinder die Schule wegen fehlender finanzieller Mittel oder aufgrund des Einflusses von gleichaltrigen Kumpeln abgebrochen haben.

Die am häufigsten begangenen Verbrechen sind Diebstahl, Verstoß gegen die Drogengesetze, Vergewaltigung, Raub und Körperverletzung.

Philippinische Kinder im Konflikt mit dem Gesetz (CICL) stammen im Allgemeinen aus Familien mit niedrigem Einkommen. In Metro Manila stammen sie normalerweise aus Familien mit durchschnittlich sieben Mitgliedern. Etwa die Hälfte (47 Prozent) von ihnen leben bei den Eltern - 30 Prozent bei der Mutter allein. Viele haben in der Großstadt Manila arbeitslose Väter. Die Mehrheit lebt bei der Verhaftung nicht bei ihren Eltern. (Save the Children UK, 2004)

Viele CICL erfahren Gewalt in der Familie, werden von den Eltern vernachlässigt oder sind von zu Hause weggelaufen. Die meisten berichten, dass sie von Familienmitgliedern missbraucht worden sind. Risikofaktoren, die erklären, warum Kinder Verbrechen begehen, hängen mit den Familien und ihrer unmittelbaren Umgebung zusammen: Armut, Vernachlässigung durch die Eltern, Gewalt, mangelnde Existenzgrundlage und Bildungschancen, Gruppenzwang und ungünstiges Lebensumfeld. Diese werden durch individuelle Risikofaktoren wie die verletzlichen Entwicklungsjahre der Jugendlichen, den Mangel an Reife und Einsichtsfähigkeit und den Mangel an Lebenskompetenzen für den Umgang mit negativen Faktoren verstärkt.

PORTRÄT: VOM STRASSENKIND ZUM MUSTERSCHÜLER

Wie die meisten Kinder im Konflikt mit dem Gesetz (CICL) wuchs Arvic in einer dysfunktionalen Familie auf. Seine Eltern waren Haushaltshelfer, die wegen einer ungewollten Schwangerschaft zur Ehe gezwungen wurden. Sie waren immer in erbitterte Auseinandersetzungen verwickelt und oft griff der Vater zu Gewalt. Auch Arvic und seine vier anderen Geschwister wurden geschlagen, beschimpft und psychisch misshandelt.

Seine Mutter verließ sie für einen anderen Mann, als Arvic erst neun Jahre alt war. Nachdem sie gegangen war, wurde Arvics Vater schlimmer. Er verbrachte die meiste Zeit mit Trinken und schlug immer seine Kinder, besonders Arvic, wenn er sie für ihr Elend verantwortlich machte.

Arvic rannte von zu Hause weg, um dem Missbrauch durch seinen Vater zu entkommen. Er blieb auf der Straße und bettelte, um zu überleben. Er lernte, an Industriekleber zu schnüffeln, um seinen Hunger zu stillen. Er wurde mehrmals von der örtlichen Polizei aufgegriffen und in einem Jugendzentrum eingesperrt, ging aber immer wieder auf die Straße, sobald er freigelassen wurde.

Einmal beschlossen Arvic und seine Freunde in ein Haus einzubrechen. Arvic wurde festgenommen. Diesmal wurde er vom örtlichen Sozialarbeiter an das PREDA Bukang Liwayway Center¹ überwiesen. Arvic wurde am 17. Juli 2012 in das Bukang Liwayway Center aufgenommen. Zuerst hatte er Schwierigkeiten, sich an seine neue Umgebung auf dem Land anzupassen, aber das Personal und die anderen Jungen gaben ihm das Gefühl, willkommen, sicher und umsorgt zu sein. Er besuchte auch seine Großmutter, seinen Vater und seine Geschwister und auch die PREDA-Sozialarbeiter luden sie zur Familienberatung, Therapie und Versöhnung in das PREDA-Heim ein. Nicht lange danach zeigte Arvic Begeisterung und nahm an den verschiedenen Aktivitäten bei PREDA teil. Obwohl er erst die erste Klasse beendete (da er viele Male die Schule abgebrochen hatte), bemerkte das Personal, dass er sehr lernbegierig war. Im folgenden Schuljahr wurde Arvic in die zweite Klasse eingeschrieben und landete in den Top Ten seiner Klasse. Er hat den Beschleunigungstest der Regierung



abgelegt und bestanden, sodass er derzeit bereits in der fünften Klasse ist. Die Sozialarbeiter von PREDA bereiten ihn jetzt auf seine Wiedereingliederung bei seiner Großmutter vor, wo er die Schule mit Unterstützung der PREDA Stiftung fortsetzen kann.

¹Das Jungenheim, auch bekannt als Bukang Liwayway (BL), was „Morgendämmerung“ bedeutet, ist ein Rehabilitationszentrum für Jungen im Alter von 12 bis 19 Jahren, das von der PREDA Kinderrechtsstiftung in der Provinz Zambales betrieben wird. PREDA: s. Seite 28

oben:
Schauspieler
Dietmar Bär
besuchte
im Februar
2019 das
PREDA
Jungenheim
Bild: Raffy
Lerma

STRAFTÄTIGE MINDERJÄHRIGE SIND SELBST OPFER: SITUATION DER KINDER UND JUGENDLICHEN AUF DEN PHILIPPINEN

Laut der jüngsten Volkszählung sind fast 38 Prozent der mehr als 100 Millionen Filipinos und Filipinas unter 18 Jahre alt (PSA, 2015). Sie gehören zu den Sektoren, die am meisten unter Armut leiden. Laut UNICEF leidet etwa ein Drittel der philippinischen Kinder weiterhin unter Armut. Ihnen werden die Grundrechte entzogen, einschließlich angemessener Ernährung und Schutz vor Missbrauch. Drei von zehn Kinder sind aufgrund schwerer Unterernährung verkümmert oder für ihr Alter zu klein; acht von zehn haben körperliche, emotionale oder sexuelle Gewalt, einschließlich sexueller Ausbeutung, erfahren. Die meisten philippinischen Kinder, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten, stammen aus marginalisierten Gemeinden, in denen Familien unterhalb der Armutsgrenze leben. Die meisten von ihnen erhalten wenig Schutz von ihren Familien und den gesellschaftlichen Strukturen, die für ihr Wohlergehen verantwortlich sind. Experten weisen darauf hin, dass die philippinische Regierung, anstatt mehr von ihnen zu bestrafen, Wege finden sollte, um die Probleme anzugehen, die sie dazu bringen, das Gesetz zu brechen.

KINDERARMUT

Armut zeigt sich in der Zahl der Kinder und Jugendlichen, die sich auf den Straßen Manilas und anderen großen philippinischen Städten herumtreiben und leben. Sie betteln und arbeiten auf den Straßen und

schlafen auf Gehwegen. Viele von ihnen sind gezwungen, die Schule frühzeitig zu verlassen, um das Familieneinkommen aufzubessern.

Trotz eines gewissen Wirtschaftswachstums in den letzten Jahren leben 31,4 Prozent der Kinder unterhalb der Armutsgrenze. Besonders Kinder, deren Eltern in der Landwirtschaft arbeiten, insbesondere in ländlichen Gebieten, leiden unter Armut.

Mehr als 63 Prozent der Kinder in Mindanao leben unterhalb der Armutsgrenze. Rund 7 Prozent der Kinder unter 5 Jahren und mehr als 8 Prozent der Kinder in der südphilippinischen Region ARMM (Autonome Region Muslimisches Mindanao) leiden an akuter Unterernährung. (UNICEF, 2018)

Das schlechte Einkommen der Eltern ist nur einer der vielen Faktoren, die zur Armut der Kinder führen. Interne bewaffnete Konflikte auf dem Land vertreiben weiterhin Familien aus ihren Häusern und von ihrem Ackerland (z.B. die Kampfhandlungen zwischen der philippinischen Armee und islamischen Rebellen auf der südlichen Insel Mindanao. Dort verursacht auch die terroristische Organisation Abu Sayyaf viele Probleme.). Die arme Landbevölkerung leidet unter rückständigen Agrarsystemen und feudalen Beziehungen. Großgrundbesitzer besitzen immer noch mehr als 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Unzureichendes Einkommen aus landwirtschaftlichen Aktivitäten zwingt Landarbeiter dazu, auf der Suche nach besser bezahlten Arbeitsplätzen in große Städte zu ziehen.

Die Mindestlöhne (etwa 9€ pro Tag seit Nov. 2018) reichen nicht aus, um ein Mindestmaß an menschenwürdigem Leben aufrechtzuerhalten. Viele Arbeitnehmer befinden sich in befristeten, unregelmäßigen und gefährdeten Arbeitsverhältnissen.

BILDUNG

Während die Schüler im öffentlichen Primar- und Sekundarbereich von Schulgebühren befreit sind, dürfen Privatschulen sehr hohe Schulgebühren erheben. Mit den hohen Kosten für Transport, Schulmaterial und Schuluniformen wird Millionen von Kindern das Recht auf eine angemessene Bildung immer noch

verweigert. Die jüngste staatliche Umfrage zeigt, dass im Jahr 2013 eines von zehn - das entspricht etwa 4 Millionen philippinischen Kindern - nicht zur Schule geht.

Der höchste Prozentsatz der Kinder, die nicht zur Schule gingen, war in der ARMM. Diese Region auf der südlichen Insel Mindanao hat die höchsten Abbrecherquoten sowohl für die Primar- als auch für die Sekundarstufe.

Mehr Jungen brechen die Schule ab. 2013 besuchten etwa 71 Prozent der Mädchen im Vergleich zu 58 Prozent der Jungen die Sekundarschule. Das Land ist mit vielen Herausforderungen konfrontiert, darunter der Qualität der Bildung, der begrenzten Anzahl von Lehrern sowie unzureichenden Klassenzimmern und Schulmaterial. (UNICEF, 2018)

GESUNDHEIT UND HYGIENE

In den letzten Jahrzehnten wurden Fortschritte bei der Verringerung der Kindersterblichkeit erzielt. Zwischen 1990 und 2015 verringerte sich die Säuglingssterblichkeit (jünger als ein Jahr) um die Hälfte. Die Zahl der Kinder, die vor dem fünften Lebensjahr starben, sank von 59 auf 27 pro 1.000 Lebendgeborenen. Die Kindersterblichkeit ist jedoch in ländlichen Gebieten und in der Autonomen Region muslimisches Mindanao (ARMM) signifikant höher.

Die Immunisierungsrate im Kindesalter ist niedrig und trägt zu einer erhöhten Inzidenz der durch Impfstoffe vermeidbaren Krankheiten wie Masern bei. Es gibt erhebliche Unterschiede in der Immunisierungsrate im ganzen Land: Nur 18 Prozent der Kinder in ARMM erhalten alle ihre Grundimpfungen (2017), verglichen mit bis zu 87 Prozent in anderen Gebieten.

Der Zugang zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdiensten, einschließlich Empfängnisverhütung, ist begrenzt. Es gibt einen steilen Anstieg der Geburtenraten bei Teenagern. Das Land hat eine der am schnellsten wachsenden HIV-Epidemien der Welt: Die diagnostizierten HIV-Fälle stiegen von 1 pro Tag - im Jahr 2008 - auf 26 pro Tag im Jahr 2016. Rund 29 Prozent dieser Fälle betreffen Kinder und Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren.

Obwohl ein hoher Anteil der Bevölkerung (90,5 Prozent im Jahr 2015) Zugang zu Trinkwasser hat, hat das Land noch keinen universellen Zugang zu sicherem Trinkwasser. Im Jahr 2017 hatten nur 80 Prozent der ärmsten Haushalte und 62 Prozent der Menschen in ARMM sicheren Zugang zu Trinkwasser, verglichen mit 99 Prozent der reichsten Haushalte in anderen Teilen des Landes.

In den letzten Jahrzehnten wurden einige Fortschritte bei der Verbesserung öffentlicher sanitären Einrichtungen erzielt, aber es wird einige Zeit dauern, bis ein angemessener und gerechter Zugang zu sanitären Einrichtungen für alle erreicht ist. Eine große Anzahl von Schulen verfügt noch immer nicht über Wasserversorgung und sanitäre Einrichtungen. (UNICEF, 2018)

KINDERARBEIT

Nach philippinischem Recht dürfen Kinder unter 15 Jahren keine Arbeit aufnehmen. Es gibt jedoch Ausnahmen: Wenn ein Kind direkt unter der alleinigen Verantwortung seiner Eltern oder seines Erziehungsberechtigten arbeitet und nur Mitglieder der Familie des Arbeitgebers beschäftigt sind. Kinder können auch in der Unterhaltungsbranche - z.B. in einer Fernsehsendung - beschäftigt sein.

Laut Gesetz darf die Beschäftigung eines Kindes weder sein Leben, seine Sicherheit, Gesundheit und Moral gefährden noch seine normale Entwicklung beeinträchtigen. Eltern oder Erziehungsberechtigte sind verpflichtet, dem Kind während seiner Beschäftigung eine Grund- und/oder Sekundarschulbildung möglich zu machen.

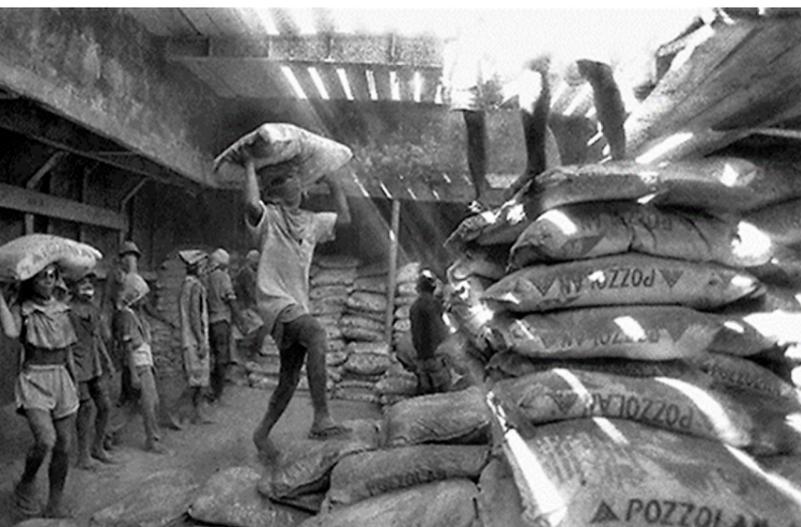
Gesetze werden jedoch meist missachtet. Laut der staatlichen Statistikbehörde (PSA) arbeiteten schätzungsweise 5,5 Millionen Kinder im Alter von 5 bis 17 Jahren im Jahr 2011. Die Zahl der Beschäftigten in gefährlichen Arbeitsumgebungen betrug etwa drei Millionen, was mehr als 54 Prozent der gesamten arbeitenden Kinder entspricht.

Zahlreiche Kinder und Jugendliche üben die schlimmsten Formen von Kinderarbeit aus. Ohne Schutzkleidung arbeiten sie unter rechtswidrigen Bedingungen in Goldminen. Bei der Herstellung von Pyrotechnik

Bild: Raffy
Lerma



werden sie im gefährlichen Prozess der Sicherungsvorbereitung und Pulverbeladung eingesetzt. Auf dem Land ernten und transportieren sie schwere Zuckerrohrbündel in riesigen Plantagen. In Großstädten verkaufen sie Blumen und Zigaretten auf belebten Straßen.



oben: Im Hafen entladen Kinder schwere Zementsäcke
Bild: Nana Buxani

Stundenlang durchsuchen sie Müllhalden nach recycelbaren Abfällen, um ein paar Pesos zu verdienen. Sie entladen schwere Frachten in Häfen. Sie werden als Bedienstete oder Haushaltshilfe angestellt und ausgenutzt; werden in der kommerziellen Sexindustrie und bei der Produktion von Pornografie ausgebeutet, manchmal infolge von Menschenhandel. Sie riskieren Hai-Angriffe und das Ertrinken, wenn sie mit Fischern arbeiten, die riskante Tiefseefischtechniken anwenden, die eigentlich den Einsatz erfahrener Taucher erfordern. Die philippinische Regierung behauptet, die Bemühungen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit vorangetrieben zu haben, ist jedoch nicht in der Lage, Richtlinien und Programme dagegen umzusetzen, insbesondere in abgelegenen Gebieten des Landes, in denen das Problem hauptsächlich weiterhin besteht.

KINDER UND GEWALT

Laut philippinischer Regierung werden Kinder auch bei der Verteilung, Beschaffung und dem Verkauf von Drogen eingesetzt. Dies sei ein Grund, warum das Strafmündigkeitsalter von 15 auf 12 Jahre herabgesetzt werden sollte.

Mit dem Amtsantritt von Präsident Rodrigo Duterte im Jahr 2016 hat die philippinische Regierung einen sogenannten Krieg gegen Drogen begonnen. Berichten der Polizei zufolge wurden im Mai 2019 insgesamt 6.600 Personen getötet, die mit dem illegalen Drogenhandel in Verbindung stehen.

Menschenrechtsorganisationen weisen aber darauf hin, dass Tausende weitere getötet wurden, darunter auch Kinder. Sie behaupten, dass einige dieser Kinder wegen ihrer vermuteten Beteiligung am Drogenhandel ins Visier genommen wurden. Einige wurden getötet, weil die wirklichen Zielpersonen nicht gefunden werden konnten. Oder weil ihre Identität mit anderen vermuteten Drogenhändlern verwechselt wurden. Aber häufig waren sie nur „Kollateralschäden“ - sie waren zufällig am Ort des Polizeieinsatzes anwesend und wurden versehentlich getötet.

Acht von zehn Kindern auf den Philippinen leiden in ihrer Kindheit unter irgendeiner Form von Gewalt. Bei den meisten handelt es sich um physische (z.B. körperliche Bestrafung) und psychische Gewalt, die Kinder in ihren eigenen vier Wänden erleiden, wobei mehr Jungen als Mädchen Opfer sind. Jedes fünfte Kind erlebt sexuelle Gewalt. (CWC / UNICEF-Philippines, 2016)

Die Zahl der kleinen Kinder, die gezwungen werden, sexuelle Handlungen für Live-Streaming im Internet durchzuführen, hat zugenommen, was Online-Kindermissbrauch zur führenden Internetkriminalität auf den Philippinen macht.

Mit der zunehmenden Anzahl von Naturkatastrophen werden Kinder anfälliger für Gewalt, Menschenhandel und Stress. In der ARMM sind Tausende von Kindern den Auswirkungen bewaffneter Konflikte ausgesetzt. Dort geraten sie ins Kreuzfeuer und werden häufig verletzt, entführt, sexuell missbraucht und sogar getötet. Bewaffnete Gruppen rekrutieren sie als Kurier

oder Kindersoldaten.

Die lebenslangen Auswirkungen dieser Gewalt auf die Kinder sind massiv: sie erleiden psychische und auch physische Gesundheitsstörungen, wie Angstzustände, Depressionen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Einige entwickeln gesundheitsgefährdende Verhaltensweisen wie Rauchen, Alkoholismus, Drogenmissbrauch und lassen sich auf sexuelle Aktivitäten mit hohem Risiko ein. (CWC / UNICEF)

STRASSENKINDER

„Straßenkinder sind jene Kinder, die aus ihren Häusern fliehen und auf der Straße leben, wenn sie unter familiären Problemen, Hunger, Vernachlässigung und häuslicher Gewalt leiden. Sobald sie sich niedergelassen und gelernt haben, auf der Straße zu überleben, kehren sie zeitweise in ihre Hütten zurück, um ihre Familien zu besuchen und Essen für ihre jüngeren Brüder und Schwestern zu bringen. Wenn sie sehen, dass das Essen, das sie nach Hause bringen, nicht ausreicht, kehren sie auf die Straße zurück und ihre Brüder und Schwestern folgen ihnen manchmal und suchen nach der Quelle des Essens.“ So beschrieb Pater Shay Cullen die Situation der Straßenkinder auf den Philippinen im Jahr 2005.

Pater Shay Cullen ist Vorsitzender der Kinderhilfsor-

ganisation PREDA (People's Recovery, Empowerment and Development Assistance Foundation), die seit 1974 Drogenabhängigen, Straßenkindern und missbrauchten Frauen und Kindern auf den Philippinen Schutz bietet und sie rehabilitiert. Die Situation der Straßenkinder im Land habe sich nicht viel verbessert, sagt er. Was Pater Shay 2005 über Straßenkinder erzählte, gilt heute immer noch:

„Die meisten Straßenkinder sind Analphabeten. Ohne Anreiz, Geld oder Unterstützung und Ermutigung zum Lernen haben sie die Grundschule abgebrochen. Sie schließen sich zu ihrem eigenen Schutz Straßenbanden an und verwenden Industriekleber als Beruhigungsmittel, das den Geist und die Stimmung verändert. Sie verkaufen Plastiktüten, Zeitungen und Blumen oder betteln für ein Syndikat. Viele werden von Zuhältern kontrolliert und an Sextouristen verkauft oder in ein Bordell gebracht. Straßenkinder sind die Ärmsten der Armen; sie sind die Verletzlichsten und Schwächsten und werden, wenn ihnen nicht geholfen wird, die HIV/AIDS-Opfer der Zukunft sein. Sie werden zur Prostitution mit ausländischen Sextouristen gezwungen. Sie könnten leicht zu Kriminellen oder sogar Terroristen werden, die sich über die Welt der Erwachsenen ärgern, die ihnen das Leben in dem schlimmsten Elend gab, das man sich vorstellen kann.“

unten: Stundenlang durchsuchen Kinder Müllhalden nach recycelbaren Abfällen, um ein paar Pesos zu verdienen.
Bild: Cajus van Eickels



KINDER GEHÖREN NICHT INS GEFÄNGNIS!

AUSWIRKUNGEN DES FREIHEITS- ENTZUGS UND DER INHAFTIERUNG AUF KINDER UND JUGENDLICHE

Die besonderen Umstände der Inhaftierung beeinträchtigen unmittelbar die geistige und körperliche Gesundheit von Kindern in allen Situationen des Freiheitsentzugs. Dies zeigt die von 2019 veröffentlichte Studie „Global Study on Children Deprived of Liberty“ der Vereinten Nationen.

Der Studie zufolge werden jedes Jahr mindestens 410.000 Kinder in Haft genommen. Davon ausgenommen sind geschätzte 1 Million Kinder, die jedes Jahr weltweit in Polizeigewahrsam gehalten werden. Unhygienische Haftbedingungen erhöhen das Infektionsrisiko bei diesen Kindern, die häufig zu den am stärksten benachteiligten und diskriminierten Gruppen mit bereits bestehenden Gesundheitsproblemen gehören. Überfüllte Haftanstalten, in denen Menschen mit übertragbaren Krankheiten und sexuell übertragbaren Infektionen festgehalten werden, fördern die Ausbreitung solcher Krankheiten. Unnötige Einschränkungen bei Bewegung und körperlicher Aktivität wirken sich negativ auf die körperliche Entwicklung der Kinder aus. Viele Kinder, denen die Freiheit entzogen wurde, leiden an posttraumatischen Belastungsstörungen, besonders in Einzelhaft. Missbrauch oder Vernachlässigung während der Haft führen häufig zu psychischen und kognitiven Gesundheitsproblemen wie Angstzuständen, Depressionen, Entwicklungsverzögerungen und sogar zu einer Regression der Sprache. In einigen Fällen verzehnfacht sich der Zustand psychiatrischer Störungen von Kindern während der Haft im Vergleich zur psychischen Gesundheit derselben Kinder vor der Haft. Es gibt eine Korrelation zwischen Freiheitsentzug und höheren Raten des frühen Todes von Kindern in dieser Situation im Vergleich zu Gleichaltrigen in der Gemeinde, meist aufgrund von Drogenüberdosis, Selbstmord, Verletzung und Gewalt. (Vereinte Nationen, 2019)

Laut der UN-Studie sind die Haftbedingungen in den

meisten Staaten in allen Kontexten bedauerlich und entsprechen nicht den internationalen Standards. Kinder sind oft nicht von Erwachsenen getrennt. Viele Haftenrichtungen sind durch Überfüllung und ein hohes Maß an Missbrauch, Vernachlässigung und Gewalt sowie durch mangelnde Hygienestandards, Fehlen von Frischluft und Sonnenlicht, Privatsphäre, angemessene Gesundheitsversorgung, Freizeit- und Bildungschancen und geschlechtsspezifischen Einrichtungen gekennzeichnet. Das Fehlen von unabhängigen Kontrollorganen mit dem Auftrag, unangekündigte Besuche an allen Haftorten durchzuführen, trägt zur Fortsetzung solcher unmenschlichen und erniedrigenden Zustände bei.

INHAFTIERTE KINDER AUF DEN PHILIPPINEN

Das Jugendstrafrechtsgesetz der Philippinen (JJWA) verbietet die Inhaftierung von Kindern in regulären Gefängnissen. Aufgrund dieses Gesetzes sind weniger Kinder mit erwachsenen Insassen in den überfüllten Gefängnissen des Landes inhaftiert. Kinder und Jugendliche werden derzeit in Betreuungseinrichtungen namens Bahay Pag-asa festgehalten, die laut Regierung humaner und kinderfreundlicher sind. Dort sind die Bedingungen aber nicht viel besser als in Gefängnissen, sagen Kinderrechtler wie Pater Shay Cullen.

Laut Pater Shay erfüllen sehr wenige Bahay Pag-asa die gesetzlichen Anforderungen der Regierung. Er berichtet: *„Die meisten Bahay Pag-asa sind kleine, schmutzige Gefängniszellen mit einer verdreckten Toilette. Der jüngste Häftling muss sie reinigen, wenn sie verstopft ist. Es gibt keine Duschkabinen, sondern nur einen Wasserhahn mit einem Eimer. Häufig sind die Zellen überfüllt und bis zu zwanzig oder dreißig Jungen oder Mädchen sind auf engem Raum eingesperrt. Die Ansteckung eines Einzelnen wird alle treffen. Kinder im Alter von 10 bis 15 Jahren zeigten den Menschenrechtsermittlern ihre Zeichnungen des systematischen Missbrauchs und erzählten die Geschichten ihrer Folter. Sie zeigten, wie sie in überfüllten Zellen,*

schlafend auf harten Betonböden bestraft und gefoltert wurden. Sie sagten aus, dass sie geschlagen, geknüppelt und getreten wurden und wie sie dazu gezwungen wurden, in schmerzhaften Stress-Positionen zu stehen, an den Gitterstäben der Zellen zu hängen oder mit Gummilatschen und Stöcken geschlagen wurden.

Viele wurden nachts angegriffen und von älteren Häftlingen festgehalten. Einige wurden sexuell missbraucht. Tagsüber wurden sie zu Boden gezwungen, mit einem Laken zugedeckt und geschlagen, sodass sie ihre Angreifer nicht identifizieren konnten. Ein Junge wurde in eine Stahltrommel gesteckt, die geschlagen wurde, sodass sein Kopf und seine Ohren stark zu schmerzen begannen. Andere zeichneten, wie sie kopfüber an den Füßen aufgehängt wurden.

Andere berichteten bei Beratungsgesprächen, dass sie zu sexuellen Handlungen an älteren Häftlingen gezwungen und dann sexuell missbraucht wurden. Sie wurden schikaniert. Sie wurden mit Schimpfwörtern beleidigt und waren immer hungrig, weil sie abgelaufene, übelriechende Sardinen und von Fliegen befallenes Essen zu sich nehmen mussten. Sie sagten, sie fühlten sich isoliert und einsam, wurden nicht von Verwandten besucht, konnten keine körperliche Betätigung ausüben und bekamen weder Sonnenschein noch irgendeine Art von Unterhaltung. In den meisten Zellen gibt es keine Stimulation oder Bildung. Einige erzählten, ein Pastor sei gekommen und habe die Bibel vorgelesen.

Die Verantwortlichen der Bahay Pag-asa und der Gefängnisse schreiben enthusiastische Berichte über ein angenehmes Leben für die Gefangenen und höhere Regierungsbehörden glauben ihnen ohne jedwede Nachprüfung. Diese Orte sind Brutstätten des Leidens und des Missbrauchs für kleine Kinder und müssen geschlossen werden.“ (Cullen, 2020)

Studien zeigen, dass die Inhaftierung jungen Straftätern nur schadet und keine positiven Ergebnisse bringt. „Es gibt keine verfügbaren Beweise dafür, dass die Inhaftierung von Kindern zur Verbesserung der Sicherheit und zur Verringerung der Kriminalität in der Gesellschaft beiträgt,“ berichtet eine Studie der Kinderhilfswerken Council for the Welfare of Children

und UNICEF auf den Philippinen.

Laut der Studie gibt es jedoch Hinweise darauf, dass Probleme wie häusliche Gewalt, Risikoverhalten von Kindern eines bestimmten Alters, Armut und Gewalt in der Gemeinde dazu führen, dass Kinder mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Die Ursachen müssen angegangen werden, um eine wirksame Prävention gegen Gewalt und Kriminalität sicherzustellen. Die UN-Konvention über die Rechte des Kindes, die vorsieht, dass Freiheitsentzug nur in Ausnahmefällen als letztes Mittel angewendet werden darf, sollte rigoros eingehalten werden, sagt der UN-Menschenrechtsexperte Manfred Nowak.

Unten: Geschlagen und gedemütigt: Ein 10-jähriges Kind zeigt Zeichnungen von dem, was es erlebte, während es in einer Regierungseinrichtung für Jugendstraftäter inhaftiert war. PREDA-Sozialarbeiter retteten und brachten ihn ins PREDA-Kinderheim. Bild: PREDA



KINDER SIND KEINE KRIMINELLEN

Kinder werden unter Verstoß gegen das Gesetz in Gefängniszellen festgehalten. Sie sind unter diesen Bedingungen anfällig für sexuellen und körperlichen Missbrauch, haben häufig kein Essen und schlafen auf den Betonböden.

Die Kriminalisierung und Inhaftierung von Kindern verstoßen gegen das Wohl des Kindes. Es ist eine Verletzung ihrer Rechte.

Es ist klar, dass die Gesetzgeber, die sich für die Senkung des Strafmündigkeitsalter von 15 auf neun oder zwölf Jahre einsetzen, Straßenkinder und Jugendlichen noch nie getroffen haben, die von der Straße genommen und inhaftiert wurden.

Sie sollten verstehen, dass sie kleine unterernährte normale Kinder sind, die verzweifelt nach Respekt, Aufmerksamkeit, Zuneigung, Freundschaft, Essen, Bildung und Qualifizierung suchen und später einen Job und eine Chance auf Versöhnung und einer soliden Familie benötigen.

Das Kind braucht eine Kindheit, nicht Gefängnis und Strafverfahren. Obwohl es so schlimm ist, ist Gefängnis weniger gewaltsam als von einer Todesschwadron erschossen zu werden, wie es anscheinend und angeblich eine staatliche Politik ist, wenn sie als Drogenverdächtige gebrandmarkt werden. Berichten zufolge wurden bis zu 5000 Menschen erschossen, unter ihnen Minderjährige.

Diese Jugendlichen sind keine Kriminellen. Sie brauchen Hilfe. Mit Therapie können sie sich von Missbrauch und Vernachlässigung erholen.

Jugendliche und Kinder, die im Konflikt mit dem Gesetz stehen, werden jede Chance nutzen, um ihr zerbrochenes Leben zu verbessern. Aber wenn sie einmal von den Behörden misshandelt und als Kriminelle behandelt wurden, ist es sehr schwer, sie davon zu überzeugen, dass sie keine Kriminellen sind und ein neues Leben führen können.

Wir werden Jugendliche und Kinder zu Kriminellen machen, wenn wir sie wie Kriminelle behandeln und das Mindestalter für die strafrechtliche Verantwortlichkeit senken. Diese werden den Boden für Zorn und der Revolte in die Herzen dieser Kinder bereiten. Sie werden sich später an denen rächen, die sie gequält und missbraucht haben.

Durch missbräuchliche Strafmaßnahmen werden Regierung und Gesellschaft zum „Bestrafer“ von Kindern, nicht zum Heiler und Beschützer. Wenn wir dies zulassen, werden wir Tausende von Jugendlichen an die Welt der Kriminalität verlieren, anstatt sie für den zukünftigen Aufbau des Landes zu retten.

Anstatt nur Kinder zu verhaften und strafrechtlich zu verfolgen, müssen Polizei und Behörden den kriminellen Erwachsenen nachgehen, die sie ausbeuten. Diese Kriminellen können nach dem Kinderschutzgesetz (RA 7610) leichter strafrechtlich verfolgt werden.

Die Kinder können gegen die Täter aussagen und es werden Verurteilungen folgen.

Wir appellieren an die intelligenten und klugen Abgeordneten, das Strafmündigkeitsalter bei 15 Jahren zu belassen. Straftätige Kinder müssen geschützt und durch Diversion (s. Seite 23) und Rehabilitation unterstützt werden. Das Gesetz, das die Errichtung geeigneter therapeutischer Einrichtung für Kinder in Konflikt mit dem Gesetz und gefährdete Kinder vorschreibt, muss strikt umgesetzt werden.

Der Text ist eine gekürzte Fassung des Artikels „Children are not Criminals“ von Pater Shay Cullen, der am 23. November 2016 von PREDA veröffentlicht wurde.

WAS IST DIVERSION?

Nach philippinischem Recht bezieht sich Diversion auf einen alternativen, kindgerechten Prozess zur Bestimmung der Verantwortung und Behandlung eines Kindes im Konflikt mit dem Gesetz auf der Grundlage des sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen, psychologischen oder pädagogischen Hintergrundes eines Kindes, ohne auf ein formelles Gerichtsverfahren zurückzugreifen.

Laut Gesetz sollte eine Diversion erfolgen, wenn das Kind über 15 Jahre alt und in der Lage ist, die Konsequenzen seiner Handlungen zu verstehen und eine Straftat begangen hat mit einer Strafe von nicht mehr als sechs Jahren Haft.

In diesem Fall kann ein Diversionsverfahren über das Justizsystem der Dorfgemeinde durchgeführt werden, über die Polizei oder während der Ermittlungs- oder Voruntersuchungsphase.

Wenn die Strafe für die begangene Straftat nicht mehr als 12 Jahre Haft beträgt, entscheidet das Gericht, ob eine Diversion angemessen ist.

Die folgenden Maßnahmen können dem Kind im Konflikt mit dem Gesetz (CICL) als Diversionsprogramme auf Strafverfolgungsebene zur Verfügung gestellt werden:

- Teilnahme an Schulungen, Seminaren und Vorträgen zum Thema Aggressionsbewältigung, Problemlösung und/oder Konfliktlösung, Wertvermittlung, und anderen Fähigkeiten, die dem Kind helfen, mit Situationen umzugehen, die zur Wiederholung der Straftat führen können
- Teilnahme an verfügbaren Community-basierten Programmen, einschließlich Zivildienst
- Teilnahme an Programmen für Bildung, Berufstraining, und „life skills training“
- Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten.

Diversion kann auch erfolgen in Form einer Rückgabe von Eigentum, Wiedergutmachung des verursachten Schadens, Entschädigung für Folgeschäden und schriftlicher oder verbaler Entschuldigung. Betreuungs-, Beratungs- und Überwachungsaufträge können an das CICL und die Familie des Kindes erteilt werden.

Diversionsprogramme sollten angemessene soziokulturelle und psychologische Interventionen und Dienstleistungen für das Kind beinhalten.

Unter Berücksichtigung des besten Interesses des Kindes wird das Sorgerecht den Eltern, Erziehungsberechtigten, Verwandten oder anderen verantwortlichen Personen in der Gemeinde übertragen, bis das Diversionsverfahren durchgeführt wird.

unten: Der Schauspieler Klaus J. Behrendt auf einer Projektreise auf den Philippinen im Jahr 2013



ANSÄTZE ZUR VERHINDERUNG VON STRAFTATEN BEI KINDERN UND JUGENDLICHEN

STAATLICHE UNTERSTÜTZUNG BEI DER GRUNDVERSORGUNG VON KINDERN

Millionen von Kindern wachsen in vielen Ländern der Welt in Armut auf. Auch in Deutschland und auf den Philippinen. Kinderarmut kann eine Ursache für Jugendkriminalität sein, die staatlich angegangen werden muss, um das Problem wirksam zu lösen. Verschiedene Formen staatlicher Hilfen wie Kindergeld, Mutterschaftsleistungen und Elterngeld entlasten Familien in Deutschland. Familien mit kleinen Einkommen werden mit Kinderzuschlägen und Geldleistungen unterstützt. Getrennt und alleinerziehende Eltern bekommen vom Jugendamt Unterstützung, um Unterhaltsansprüche der Kinder geltend zu machen. Zahlen von Kinderarmut steigen jedoch weiter. Nach einem Bericht des Netzwerks zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland (Berlin, 2019) sind bessere Gesamtstrategien gegen Kinderarmut erforderlich, die eine Reform der monetären Leistungen und präventiven Ansätze beinhaltet. Auch notwendig ist die Stärkung der Infrastruktur im Sozialraum wie Kindertagesstätten, Schulen und Freizeitmöglichkeiten.

Das philippinische Gesetz sieht eindeutig vor, dass „jedes Kind das Recht auf Fürsorge, Unterstützung und Schutz des Staates hat, besonders wenn seine Eltern oder Erziehungsberechtigten versagen oder nicht in der Lage sind, seine grundlegenden Bedürfnisse nach Wachstum, Entwicklung und Verbesserung zu befriedigen“.

Seit 2008 gibt es eine staatliche Förderung (mit der lokalen Bezeichnung 4Ps), die den Ärmsten der Armen bedingte Geldzuschüsse gewährt und darauf abzielt, den Kreislauf der Armut zu durchbrechen, indem Kinder im Alter von 0 bis 18 Jahren gesund und in der Schule bleiben. Haushalte erhalten die Geldzuschüsse, wenn Kinder in der Schule bleiben und sich regelmäßig untersuchen lassen, ihre Entwicklung überwachen lassen und notwendige Impfungen erhalten. Das Programm wurde im Dezember 2016 auf insgesamt 20 Millionen Filipinos erweitert.



*Es gibt keine Krankenhäuser für die Grundversorgung der Kinder in vielen ländlichen Dörfern. Hier wird ein Kind von einem Freiwilligen des Vereins German Doctors in einem Dorf in Bukidnon auf der südlichen Insel Mindanao untersucht.
Bild: L. Kotte*

Die Begünstigten werden anhand eines Systems ausgewählt, das auf einer Untersuchung der physischen Struktur ihrer Häuser, der Anzahl der Räume und Bewohner, ihres Zugangs zu fließendem Wasser und anderer Faktoren basiert, die ihre Lebensbedingungen beeinflussen.

Im Februar 2019 wurde ein verbessertes Mutterschaftsgesetz auf den Philippinen unterzeichnet, das für alle berufstätigen Mütter 105 Tage bezahlten Mutterschaftsurlaub und für alleinerziehende Mütter weitere 15 Tage vorsieht. Das Gesetz sieht auch die Zuweisung von sieben Mutterschaftsurlaubstagen an Väter vor, wodurch der Vaterschaftsurlaub auf 14 Tage erhöht wird. Solche Leistungen sind jedoch nur für Angestellte zugänglich, die regulär beschäftigt sind. Für Millionen von Arbeitnehmern mit befris-

teten Verträgen ohne soziale Leistungen gelten sie nicht.

Die Regierung hatte Gesetze verabschiedet, die die Rechte von Kindern schützen sollen, die von ihren Vätern verlassen wurden. Diese Gesetze verpflichten Männer, Kinder finanziell zu unterstützen, die sie gezeugt haben, unabhängig davon, ob sie ehelich oder unehelich sind. Sie sind jedoch nutzlos, wenn die Väter arbeitslos sind.

Die meisten Frauen, die verlassen wurden oder von ihren Ehepartnern getrennt leben, müssen ohne die finanzielle Unterstützung ihrer ehemaligen Ehemänner oder Partner zurechtkommen. Im Jahr 2015 schätzte die philippinische Statistikbehörde etwa zwei Millionen Haushalte von alleinerziehenden Frauen.

MASSNAHMEN ZUR EINHALTUNG DER KINDER- RECHTSKONVENTION

Artikel 37 der UN-Kinderrechtskonvention verbietet Folter, Todesstrafe und lebenslange Haft; inhaftierte Kinder müssen einen Rechtsbeistand erhalten. Laut Artikel 40 hat jedes Kind, das beschuldigt wird, gegen ein Gesetz verstoßen zu haben, das Recht auf eine gerechte Behandlung vor Gericht. Danach sollen Staaten Lösungen anbieten, damit straffällige Kinder sich wieder gut in die Gesellschaft eingliedern können. Mehrere staatliche und nichtstaatliche Akteure haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Einhaltung dieser Anforderungen sicherzustellen. Hier sind einige Beispiele:

STAATLICHE UND NICHTSTAATLICHE AKTEURE IN DEUTSCHLAND

NATIONALE STELLE ZUR VERHÜTUNG VON FOLTER (WIESBADEN)

Die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter ist eine unabhängige nationale Einrichtung zur Prävention von Folter und Misshandlung in Deutschland. Sie vereint unter ihrem Dach die Bundesstelle und die Länderkommission. Ihre Einrichtung beruht auf dem Zusatzprotokoll zu dem Übereinkommen der Ver-

einten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe. Die Stelle hat die Aufgabe, regelmäßig Orte der Freiheitsentziehung aufzusuchen, auf Missstände aufmerksam zu machen und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Darüber berichtet sie jährlich der Bundesregierung, den Landesregierungen, dem Deutschen Bundestag und den Länderparlamenten. Die Bundesstelle ist für alle Einrichtungen des Bundes, d.h. Hafteinrichtungen bei der Bundespolizei, der Bundeswehr und dem Zoll, Transitzonen internationaler Flughäfen, zuständig. Die Begleitung von Rückführungsflügen gehört auch zu ihren Aufgaben.

In den Zuständigkeitsbereich der Länderkommission fallen die zahlreichen Einrichtungen der Länder: Justizvollzugsanstalten, Jugendstraf- und Arrestanstalten, Polizeidienststellen, Psychiatrien, Abschiebehaftanstalten, gerichtliche Vorführzellen, geschlossene Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie Alten- und Pflegeheime.

DEUTSCHES INSTITUT FÜR MENSCHENRECHTE - MONITORING-STELLE UN-KINDERRECHTSKONVENTION (BERLIN)

Mit Mitteln aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes hat die Monitoring-Stelle zur UN-Kinderrechtskonvention im August 2015 ihre Arbeit im Institut für Menschenrechte (Deutschlands unabhängige nationale Menschenrechtsinstitution) in Berlin aufgenommen. Diese Einrichtung trägt dazu bei, die Kinderrechte bekannter zu machen. Sie erinnert Personen und Institutionen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, an die Einhaltung der UN-Konvention; berät die Politik in Bund, Ländern und Kommunen sowie die Justiz, Anwaltschaft und Zivilgesellschaft bei der Auslegung und kindgerechten Umsetzung der Konvention.

Die Monitoring-Stelle setzt sich zudem für eine kinderrechtsbasierte Forschung ein. Dazu arbeitet sie eng mit der Zivilgesellschaft, mit staatlichen Stellen und Forschungsinstituten zusammen. Sie arbeitet auch mit Kindern und Jugendlichen selbst. Sie tauscht sich mit Nationalen Menschenrechtsinstitutionen anderer Länder aus und informiert den UN-Kinder-

rechtsausschuss über die Umsetzung der Kinderrechte in Deutschland. Seit Aufnahme ihrer Arbeit befasst sie sich intensiv mit dem Thema Kindgerechte Justiz. Auf Basis der Studie "Kindgerechte Justiz - Wie der Zugang zum Recht für Kinder und Jugendliche verbessert werden kann" hat sie in der Vergangenheit staatliche Stellen und die Zivilgesellschaft über die Grundsätze einer kindgerechten Justiz informiert und hierzu beraten. Gemeinsam mit der Koordinierungsstelle Kinderrechte des Deutschen Kinderhilfswerkes hat sie Kriterien für ein kindgerechtes familiengerichtliches Verfahren erarbeitet.

NATIONAL COALITION DEUTSCHLAND – NETZWERK ZUR UMSETZUNG DER UN-KINDERRECHTSKONVENTION E. V. (BERLIN)

Die National Coalition Deutschland wurde 1995 anlässlich der Staatenberichterstattung zur UN-Kinderrechtskonvention von Organisationen der Zivilgesellschaft gegründet. Seit 2013 erfüllt die Koalition ihre Aufgaben als eigenständiger und gemeinnütziger Verein. Als breites Netzwerk identifiziert der Verein Schwachstellen und Handlungsbedarfe hinsichtlich der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland. Hier haben sich rund 100 bundesweit tätige Organisationen aus verschiedenen Bereichen mit dem Ziel zusammengeschlossen, die UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland bekannt zu machen und ihre Umsetzung voranzubringen.

Den Verantwortungsträger*innen in Bund, Ländern und Gemeinden verdeutlicht sie immer wieder, welche Verpflichtungen aus der UN-Kinderrechtskonvention entstehen und welche Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Kinderrechte zu verwirklichen. In diesem Kontext werden sowohl Fortschritte als auch Rückschritte analysiert.

Die National Coalition Deutschland hat überwiegend eine strategisch-steuernde Funktion und wirkt als Netzwerkorganisatorin. Sie führt Initiativen zusammen, berät und unterstützt ihre Mitglieder, verbreitet und vertritt gemeinsame Positionen auf nationaler und internationaler Ebene und koordiniert bei ihren Mitgliedsorganisationen Aktivitäten zur Verwirklichung der Kinderrechte. Im Berichtsverfahren für

den UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes erstellt sie alle fünf Jahre den Ergänzenden Bericht der Zivilgesellschaft. Sie trägt dazu bei, Problemlagen zu identifizieren und Lösungen zu erarbeiten.

UNICEF-DEUTSCHLAND (KÖLN)

UNICEF ist das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen. UNICEF Deutschland setzt sich politisch dafür ein, dass Deutschland das Wohl und die Interessen der Kinder mit verfügbaren Mitteln fördert und schützt und die Grundsätze der Kinderrechtskonvention in staatliches Handeln umsetzt. Für die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz setzt es sich seit vielen Jahren ein, denn es ist der Ansicht, dass der Staat der Umsetzung seiner Verantwortung für kinderfreundliche Lebensbedingungen, Wahrung der Kinderinteressen, Beteiligung von Kindern und Gewährleistung gleicher Entwicklungschancen für alle Kinder besser nachkommen müsste.

MISEREOR (AACHEN)

Das Bischöfliche Werk MISEREOR steht als zentrale Einrichtung der Katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklungszusammenarbeit. Es fördert seit den 80er/90er Jahren die Kinderrechtsstiftung PREDA (s. Seite 28) auf den Philippinen. Zunächst mit dem Bau eines Betreuungsheims für sexuell missbrauchte Kinder, dann im Bereich Aidsprävention, handwerkliche Ausbildung für rehabilitierte Kinder - darunter Gefängniskinder - und beim Aufbau von Vermarktungsstrukturen für ländliche Kleinproduzenten.

Später unterstützte MISEREOR PREDA vor allem durch den Einsatz einer deutschen Fachkraft zur Rehabilitation von traumatisierten Gefängniskindern. Durch den Einsatz der Fachkraft wurden nicht nur die Kapazitäten von PREDA gestärkt, sondern auch die Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Kinderrechte in den Philippinen und die Bildungsarbeit in Deutschland. Der Einsatz der Fachkraft wurde eng mit der deutschen Organisation Tatort - Straßen der Welt e.V. koordiniert. Misereor fördert PREDAs Therapie- und Betreuungsprogramme für missbrauchte Mäd-

chen und ehemalige Gefängniskinder. Ziel ist es dabei jugendliche Opfer von Kindesmissbrauch, Menschenhandel oder polizeilicher Willkür neuen Lebensmut und eine klare Perspektive zu geben, wie sie ihr Leben künftig selbstbestimmt meistern können.

TATORT - STRASSEN DER WELT E.V. (KÖLN)

Der Tatort-Verein setzt sich weltweit für Kinderrechte ein. Zusammen mit seiner Partnerorganisation PREDA macht der Verein auf das Elend inhaftierter Kinder auf den Philippinen aufmerksam. Er unterstützt PREDA bei ihren Projekten zur Betreuung von Kindern, die sie aus Jugendstrafanstalten und der Sexindustrie holt (s. Seite 28).

PHILIPPINENBÜRO E.V. (KÖLN)

Das Philippinenbüro ist ein unabhängiges, soziopolitisches Informationszentrum. Seine Aufgabe ist es, Interessierten aktuelle gesellschafts- und entwicklungspolitische Hintergründe und Zusammenhänge zu den Philippinen aufzuzeigen. Neben der Informations- und Bildungsarbeit zu aktuellen Entwicklungen in den Philippinen, vermittelt das Büro Kontakte in die Philippinen und fungiert als Dokumentationszentrum. Zusammen mit dem Verein Tatort - Straßen der Welt e.V. und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland kämpft es gegen die Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters auf den Philippinen.

TERRE DES HOMMES - DEUTSCHLAND E.V. (OSNABRÜCK)

Terre des hommes - Deutschland ist ein internationales Kinderhilfswerk, das sich im Rahmen der Entwicklungspolitik für Kinderrechte einsetzt. Auf den Philippinen unterstützt es die Arbeit lokaler Organisationen in Manila und Mindanao beim Schutz von Kindern, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, Kindern, die im Konflikt mit dem Gesetz stehen und Kindern, die Missbrauch, Gewalt und Ausbeutung ausgesetzt sind.

STAATLICHE UND NICHTSTAATLICHE AKTEURE AUF DEN PHILIPPINEN

JUVENILE JUSTICE AND WELFARE COUNCIL (QUEZON CITY, PHILIPPINEN)

Der Juvenile Justice and Welfare Council (JJWC) ist ein Gremium für Politikgestaltung, Koordinierung und Überwachung, das mit der Umsetzung des Jugendrecht- und Schutzgesetzes oder Juvenile Justice and Welfare Act (s. Seite 8) beauftragt ist. Es ist dem Justizministerium angeschlossen und unter seine administrative Aufsicht gestellt.

Die Behörde wurde gegründet, um ein opferorientiertes Justiz- und Sozialsystem für gefährdete Kinder (CAR) und Kinder im Konflikt mit dem Gesetz (CICL) zu institutionalisieren. Ziel ist es, diese Kinder daran zu hindern erneut Straftaten zu begehen und ihre Rehabilitation und Wiedereingliederung in ihre Familien und Gemeinschaften sicherzustellen.

Das Gremium besteht aus Vertretern verschiedener Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, darunter das Justizministerium, Sozialministerium (DSWD), Bildungsministerium, Council for the Welfare of Children (CWC) und PREDA. Es formuliert und empfiehlt Richtlinien und Strategien zur Vermeidung von Jugendkriminalität und zur Rechtspflege sowie zur Behandlung und Rehabilitation von Kindern, die im Konflikt mit dem Gesetz stehen. Es ist beauftragt, regelmäßige Inspektionen in Haft- und Betreuungseinrichtungen für Jugendstraftäter durchzuführen und von sich aus Stichproben vor Ort durchzuführen, um die Einhaltung des Gesetzes zu überprüfen und die entsprechenden Empfehlungen an die zuständigen Stellen zu richten.

COUNCIL FOR THE WELFARE OF CHILDREN (QUEZON CITY)

Council For The Welfare Of Children (CWC) ist das zentrale interinstitutionelle Gremium der philippinischen Regierung für die Fürsorge der Kinder. Es ist beauftragt, die Umsetzung und Durchsetzung aller Gesetze zu koordinieren. Es ist auch beauftragt, Richtlinien, Programme und Maßnahmen für Kinder zu formulieren, zu überwachen und zu bewerten.

CHILD RIGHTS NETWORK (CRIN)- PHILIPPINES (QUEZON CITY)

Das Child Rights Network ist die größte Allianz von Organisationen und Behörden, die sich auf den Philippinen für Kinderrechtsgesetze einsetzen. Ziel ist es, Gesetzgeber, Zivilgesellschaft, Kinder und andere Interessengruppen in die Entwicklung und Verabschiedung von Gesetzen und Richtlinien einzubeziehen, die auf die Bedürfnisse von Kindern eingehen. Es überwacht die Umsetzung von Gesetzen für Kinder. Zusammen mit mehreren Interessengruppen, Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen startete CRIN 2016 die Kampagne "Children, Not Criminals", um die Gesetzesvorlage zu blockieren, die das Strafmündigkeitsalter von derzeit 15 auf 9 Jahre senken sollte.

Es ermutigt die Regierung, sich auf Aufklärung, Prävention und Rehabilitation von Kindertätern zu konzentrieren. Sie setzt sich auch dafür ein, das bestehende Jugendstrafrechtsgesetz und seine Umsetzung zu stärken.

unten: Das Logo einer CRIN-Kampagne gegen neue Gesetze zur Reduzierung des Strafmündigkeitsalters auf den Philippinen



PREDA (OLONGAPO CITY, PHILIPPINEN)

PREDA (People's Recovery Empowerment and Development Assistance Foundation (Stiftung für die Genesung, Ermächtigung und Entwicklung der Menschen)) ist eine philippinische Organisation, die sich seit 45 Jahren dem Schutz von Kindern und der Förderung des sozialen Wandels widmet. PREDA bietet juristische Dienstleistungen für Kinder an, denen Straftaten vorgeworfen werden sowie für Kinder, die Opfer körperlichen und sexueller Missbrauch und Misshandlung geworden sind. Eines ihrer Projekte heißt Rescue Every Child Today (REACT) - Heute jedes Kind retten. REACT Mitarbeiter besuchen Gefängnisse und arbeiten an Fällen von Kindern und Minderjährigen, die gegen das Gesetz verstoßen. Sie retten Kinder und Jugendliche aus Gefängnissen, wo einige von ihnen mit Erwachsenen eingesperrt sind, bis sie nachweisen können, dass sie Minderjährige sind. Die geretteten Kinder erhalten Rechtsbeistand und werden per Gerichtsbeschluss in das PREDA-Heim für Jungen in der Provinz Zambales gebracht. Hier sind sie nicht inhaftiert und beginnen ein neues Leben mit therapeutischen Aktivitäten, Kunsttrainings und Bildung. Sie lernen ökologischen Landbau und erhalten Werteerziehung.

unten: Hier begleitet Dietmar Bär den PREDA-Vorsitzenden Shay Cullen und ein befreites Kind auf dem Weg zu PREDA. Bild: Cajus van Eickels



FAIR TRADE GENOSSENSCHAFT WELTPARTNER

Mit ihrem Fair-Trade Mango-Projekt verschafft die WeltPartner eG zusammen mit der philippinischen Kinderschutzorganisation PREDA über 500 Kleinbauernfamilien in der Provinz Zambales eine Perspektive. Dadurch wird Landflucht verhindert und ein Armutskreislauf durchbrochen, der oftmals die Kinder am schlimmsten trifft. Extreme Armut, die dazu führt, dass Kinder gegen das Gesetz verstoßen oder Opfer von Sexhandel werden, wird verringert. Vom Fair-Trade Mango-Projekt bekommen Kleinbauernfamilien kostenlose Mango-Setzlinge und regelmäßig hohe Erzeugerpreise für ihre Mangofrüchte. Sie können alle Mangos abliefern und gleichermaßen hohe Preise bekommen, auch die kleinen Früchte, die für die Verarbeitung zu Mangopüree verwendet werden. Die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern müssen sich nicht um den Verkauf ihrer Mangos kümmern, da die Abnahme gewährleistet wird und erhalten von

PREDA am Jahresende eine Fair Trade Prämie zusätzlich zum Verkaufspreis.

PREDA kümmert sich um die Betreuung der Bauern vor Ort, übernimmt die Abwicklung mit dem Verarbeiter Profood und verkauft die Mango-Produkte an WeltPartner eG. Die Genossenschaft entwickelt die Mango-Produkte, kümmert sich um den Import, Marketing und Verkauf, stellt Infomaterial zur Verfügung und unterstützt PREDA bei Kampagnen für Kinderrechte. Zehn Prozent des Verkaufspreises der WeltPartner Mango-Produkte verbleiben bei der Kinderschutzorganisation. Einen stetig wachsenden Teil der Erlöse aus dem Fairen Handel verwendet PREDA direkt zur Finanzierung ihrer umfangreichen Sozialprogramme und Menschenrechtsarbeit.

Weitere Informationen unter:
www.mangos-für-kinderrechte.de

unten: WeltPartner Mango Sortiment



PHILIPPINEN

BASISDATEN



Foto: Sanglahi86, CC BY-SA 4.0 <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>, via Wikimedia Commons

Das Land stand viele Jahre unter den Besatzungsmächten Spaniens (16. - 19. Jh.) und der USA (1898 - 1946). 1942 bis 1945 besetzte Japan das Land. Regierungsform ist das Präsidialsystem, wo der Präsident direkt (einmalig, für sechs Jahre) gewählt wird. Die Legislative ist ein Zweikammersystem, das aus einem Senat (mit 24 Senatoren) und einem Repräsentantenhaus (derzeit mit 305 Abgeordnete) besteht. Der Oberste Gerichtshof (Supreme Court) ist die höchste richterliche Instanz. Er besteht aus 14 beisitzenden Richtern und einem vorsitzenden Richter, die alle vom Staatspräsidenten ernannt werden.

Lage: Südostasien, Archipel zwischen dem Philippinischen Meer und dem Südchinesischen Meer, östlich von Vietnam

Klima: maritimes Tropenklima; Nordost-Monsun (November bis April); Südwest-Monsun (Mai bis Oktober)

Wirtschaft: Arbeitnehmer im Dienstleistungssektor machten im April 2019 den größten Teil (58,5 Prozent) der erwerbstätigen Bevölkerung aus. Die zweitgrößte Gruppe der Beschäftigten arbeitete im landwirtschaftlichen Bereich und machte 22,3 Prozent der Gesamtbeschäftigten aus.

Laut der philippinischen Statistikbehörde (PSA) wurde die Beschäftigungsquote im April 2019 auf 94,9 Prozent geschätzt. Dazu gehören Lohn- und Gehaltsempfänger (63,3 Prozent), Selbständige ohne bezahlten Arbeitnehmer, Arbeitgeber mit eigenem (familiengeführten) landwirtschaftlichen Betrieb oder Geschäft und unbezahlte Familienarbeiter.

Die Arbeitslosigkeit stieg im April 2020 auf 17,7 Prozent, was rund 7,3 Millionen arbeitslosen Filipinos inmitten der Coronavirus-Pandemie entspricht. Unter den wichtigsten Agrargütern sind Reis, Mais, Kokospalmen, Kaffee, Zuckerrohr, Tabak und Obst. Das Land ist reich an Bodenschätzen, u.a. Kupfer, Gold, Chromit und Nickel.

Bauern, Fischer, in ländlichen Gebieten lebende Personen und Kinder verzeichneten 2018 die höchsten Armutsraten unter den Grundsektoren der Gesellschaft.

Ländername	Republik der Philippinen	Bundesrepublik Deutschland
Regierungschef*in	Rodrigo Duterte (seit Juni 2016)	Angela Merkel (seit Nov. 2005)
Fläche	ca. 300.000 km ²	ca. 357.380 km ²
Hauptstadt	Manila	Berlin
Amtssprache	Filipino, English	Deutsch
Bevölkerung (2019, World Bank)	ca. 108 Mio.	ca. 83 Mio.
Wachstumsrate (2019, World Bank)	1,4 %	0,3 %
Fertilitätsrate (TFR/ Geburten pro Frau) 2018, World Bank	2,6	1,6
Bevölkerungsdichte (Einwohner pro km ²) 2018, World Bank	358	237
Kindersterblichkeit (pro 100 000 Lebendgeburten) 2019, World Bank	22	3
Durchschnittliche Haushaltsgröße (Anzahl der Mitglieder) 2017, UN	4,7	2,1
Sterbewahrscheinlichkeit bei Kindern im Alter von 5 bis 9 Jahren (pro 1.000) 2017, UN	2	0,4
Durchschnittliche Anzahl der Kinder unter 15 Jahren pro Haushalt 2017, UN	2,3	1,6
Lebenserwartung bei der Geburt 2019, UNDP	71,1	81,2
Human Development Index* - Rang, 2019, UNDP	106	4

*Der HDI stellt einen Wohlstandsindikator für Staaten dar.

EINHALTUNG DER ARTIKEL 37 UND 40 DER KINDERRECHTSKONVENTION AUF DEN PHILIPPINEN UND IN DEUTSCHLAND

ARTIKEL 37: VERBOT DER FOLTER, DER TODESSTRAFE, LEBENSLANGER FREIHEITS- STRAFE, RECHTSBEISTAND- SCHAFT

UN-Kinderrechtskonvention	Deutschland	Philippinen
<p>Jeder Mensch unter 18 Jahren ist ein Kind.</p> <p>Kinder, die beschuldigt werden, mit dem Gesetz in Konflikt geraten zu sein, dürfen nicht getötet, gefoltert oder grausam behandelt werden.</p> <p>Kinder dürfen nicht lebenslanglich oder zusammen mit Erwachsenen inhaftiert werden.</p>	<p>Im Sinne des Jugendschutzgesetzes sind Kinder Personen, die noch nicht 14 Jahre alt sind. Schul-dunfähig ist, wer bei Begehung der Tat noch nicht vierzehn Jahre alt ist. (§ 19 StGB)</p> <p>Nach dem Jugendstrafrecht ist ein Jugendlicher (14 bis 17 Jahre) strafrechtlich verantwortlich, wenn er zur Tatzeit „nach seiner sittlichen und geistigen Entwicklung reif genug ist, das Unrecht der Tat einzusehen und nach dieser Einsicht zu handeln“.</p> <p>Das Ziel des Jugendstrafrechts ist nicht Vergeltung der Tat oder Schuldausgleich. Sein Ziel ist vielmehr, den straffällig gewordenen jungen Menschen zu einem Leben ohne Straftaten anzuhalten und erforderlichenfalls zu befähigen. Es verfügt über eine Vielzahl unterschiedlicher Sanktionsoptionen, mit denen flexibel auf die Lebenssituationen und -bedürfnisse junger Menschen reagiert werden kann.</p> <p>Stationäre Strafen im Zusammenhang mit Freiheitsentzug sind zu einer Ausnahme geworden. Im Vordergrund stehen normverdeutlichende Sanktionen, insbesondere Verwarnungen sowie Auflagen wie z.B. die Auflage, gemeinnützige Arbeit zu leisten oder einen Geldbetrag zu bezahlen. (s. Seite 10)</p>	<p>Kinder bezieht sich auf Personen unter 18 Jahren oder über 18 Jahren, die jedoch aufgrund einer körperlichen oder geistigen Behinderung oder eines körperlichen Zustands nicht in der Lage sind, sich vollständig um sich selbst zu kümmern oder sich vor Missbrauch, Vernachlässigung, Grausamkeit, Ausbeutung oder Diskriminierung zu schützen. - Republic Act 7610 vom Jahr 1992</p> <p>2006 wurde ein Jugendrecht- und Schutzgesetz erlassen, dass das Strafmündigkeitsalter von neun auf 15 Jahre erhöhte. Es werden jedoch weiterhin Kinder unter 15 Jahren festgenommen und inhaftiert. (s. Seite 13)</p> <p>Aufgrund fehlender Infrastruktur (Bahay Pag-asa) werden Kinder mit Erwachsenen in denselben grausamen Haftanstalten festgehalten (s. Seite 20)</p>

UN-Kinderrechtskonvention	Deutschland	Philippinen
<p>Die Haftdauer soll so kurz wie möglich sein.</p> <p>Inhaftierte Kinder müssen rechtliche Hilfe erhalten und mit ihren Familien in Kontakt bleiben können.</p>	<p>Jugendarrest ist das strengste der nach dem Jugendgerichtsgesetz (JGG) zulässigen Zuchtmittel - ein kurzzeitiger Freiheitsentzug im Rahmen des Jugendstrafrechts. Dies ist angeordnet, „wenn die Verhängung von Jugendstrafe nicht erforderlich ist, dem Jugendlichen das Unrecht der Tat aber bewusst gemacht werden soll (§ 13 JGG)“ und hat rechtstechnisch nicht die Wirkung einer Strafe.</p> <p>Laut Kinderhilfswerken wie UNICEF-Deutschland finden die Prinzipien der UN-Kinderrechtskonvention im Grundgesetz bisher keine Entsprechung, abgesehen vom Schutz vor Diskriminierung (Artikel 3 Absatz 3). Sie weisen darauf hin, dass das Kindeswohl bei Entscheidungen in Politik, Verwaltung und Rechtsprechung nicht ausreichend berücksichtigt wird. Seit einigen Jahren appellieren sie an die Bundesregierung, die Kinderrechte in das Grundgesetz aufzunehmen.</p>	<p>Das philippinische Justizsystem ist meistens unfähig, die Haftstrafen für Kinder so kurz wie möglich zu halten.</p> <p>Regierungsbeamte auf Dorf- und Polizeiebene haben mangelndes Wissen über die ordnungsgemäße Behandlung von Strafsachen mit Kindern.</p> <p>Die Bearbeitung von Fällen auf Gerichtsebene ist zu langsam (es gibt nicht genügend Richter; zu viele Rückstände) Kinder werden häufig viele Jahre lang ohne Gerichtsverfahren inhaftiert.</p> <p>Für die Verteidigung von mittello-sen Inhaftierten stellt die Regierung kostenlosen Rechtsbeistand, aber dafür gibt es nicht genügend Anwälte.</p> <p>Meistens verfügen inhaftierte Kinder nicht über die Mittel, um Anwälte für ihre Verteidigung bezahlen zu können.</p>

ARTIKEL 40: BEHANDLUNG DES KINDES IN STRAFRECHT UND STRAFVERFAHREN

**Dies ist keine vollständige Beschreibung der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention durch die philippinische und die deutsche Regierung. Ziel ist es, den Nutzern der Broschüre eine Vorstellung davon zu vermitteln, wie die Kinderrechtskonvention Instrumente zur Verfügung stellen kann, um sich für die Rechte der Kinder einzusetzen, die im Konflikt mit dem Gesetz stehen.*

UN-Kinderrechtskonvention	Deutschland	Philippinen
Jedes Kind, das beschuldigt wird, gegen ein Gesetz verstoßen zu haben, hat das Recht auf rechtlichen Beistand und gerechte Behandlung vor Gericht. Staaten sollen zahlreiche Lösungen anbieten, damit straffällige Kinder sich wieder gut in die Gesellschaft eingliedern können. Das Gefängnis soll immer die letzte Wahl sein.	<p>Unbegleitete Minderjährige und Familien mit minderjährigen Kindern dürfen nur in besonderen Ausnahmefällen und nur so lange in Abschiebungshaft genommen werden, wie es unter Berücksichtigung des Kindeswohls angemessen ist. Laut Gesetz „sollen Minderjährige, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, grundsätzlich nicht in Abschiebungshaft genommen werden. Minderjährige Ausländer, deren Asylantrag abgelehnt wurde, sollen vielmehr bis zur Abschiebung regelmäßig in der bisherigen Unterkunft untergebracht werden.“</p> <p>Betroffene, die finanziell nicht in der Lage sind, einen Anwalt/eine Anwältin zu bezahlen, können nach dem Rechtsberatungsgesetz einen Rechtsberatungsschein erhalten, der eine kostengünstige Rechtsberatung ermöglicht.</p> <p>Ein Anspruch auf kostenlosen/e Pflichtverteidiger/in besteht, wenn die Voraussetzungen für eine notwendige Verteidigung vorliegen.</p>	<p>Das Gesetz besagt, dass die Festnahme und Inhaftierung eines Kindes nur als letztes Mittel eingesetzt werden sollte. Trotzdem werden Kinder, die bei Verstößen gegen die Ausgangssperre oder bei geringfügigen Straftaten erwischt werden, festgenommen und inhaftiert.</p> <p>Die lokalen Regierungen behaupten, dass es an Ressourcen mangelte, um Bahay Pag-asa-Einrichtungen zu bauen und effizient zu betreiben. Das sei der Grund, warum sie keine zusätzlichen Stellen schaffen können, die für den Betrieb einer Jugendbetreuungseinrichtungen benötigt werden. Somit wird die erforderliche Qualität der Interventions- und Rehabilitationsprogramme für die Kinder nicht angeboten.</p> <p>Die meisten Haftanstalten sind überlastet und haben keine separaten Schlafräume für Kinderhäftlinge. Das Budget für den täglichen Betrieb der Bahay Pag-asa-Einrichtungen reicht angeblich nicht aus für die Bereitstellung aller für die Entwicklung und Rehabilitation von CICL erforderlichen Dienstleistungen.</p>

WEITERFÜHRENDE MATERIALHINWEISE UND LINKS ZU DEN BEHANDELTEN THEMEN

ZUM THEMA KONVENTION ÜBER DIE RECHTE DES KINDES

- <https://www.unicef.de/informieren/ueber-uns/fuer-kinderrechte/weltkindertag>
- <https://www.unicef.de/informieren/ueber-uns/fuer-kinderrechte/kurze-geschichte-der-kinderrechte>
- https://unicef.at/fileadmin/media/Infos_und_Medien/Info-Material/Kinderrechte/UNICEF-Kinderrechte-Poster-2019-deutsch.pdf
- <https://www.netzwerk-kinderrechte.de/un-kinderrechtskonvention/kinderrechtskonvention.html>
- <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/234282/%20weltkindertag>
- Kinderrechte ins Grundgesetz – ein Argumentationsleitfaden <https://kinderrechte-ins-grundgesetz.de/wp-content/uploads/2018/11/Argumentationsleitfaden-KRe-ins-GG-12.11.2018-002.pdf>

ZUM THEMA KINDER HINTER GITTERN

- Aktueller Appell von Father Shay: Befreiung der inhaftierten Kinder, bevor sie sterben <https://www.tatort-verein.org/engagement/philippinen/kinder-hinter-gittern/>
- Schauspieler Dietmar Bär besucht Gefängnis-kinder auf den Philippinen <https://blog.misereor.de/2019/11/19/schauspieler-dietmar-bar-besucht-gefangniskinder-auf-den-philippinen/>
- Wenn Kinder Straftaten begehen <https://www.dw.com/de/wenn-kinder-straftaten-begehen/a-49534438>
- Jens Gnisa, Vorsitzender Deutscher Richterbund, über die Diskussion um die Herabsenkung der Strafmündigkeit https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-565757~_parentId-tagesschau-interviews-101.html
- Children in prison: Philippines’ rundown Houses of Hope detain kids in appalling conditions

<https://www.scmp.com/lifestyle/family-relationships/article/3011296/children-prison-philippines-rundown-houses-hope>

- 12-jährige Kinder werden strafmündig <https://taz.de/Neues-Gesetz-auf-den-Philippinen!/5567038/>
- <https://childrightsnetwork.ph/advocacies/children-not-criminals/>
- Knastkinder, Rüdiger Bertram, Rowohlt Taschenbuch, Reinbeck, 2009
- Bunso (2005) Dokumentarfilm von Ditsi Carolino und Nana Buxani - <https://www.youtube.com/watch?v=SozS1dNtXTI>
- <https://www.facebook.com/childrennotcriminals/videos/1335480716472846>

ÜBER SOZIALE UND POLITISCHE FRAGEN AUF DEN PHILIPPINEN

- <https://amp.ngo/wp-content/uploads/2020/03/AMP-Menschenrechtsbericht-2019.pdf>
- Handbuch Philippinen - Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, Kultur von R. Werning und J. Schwiager (Hrsg.), März 2019 ISBN 978-3-9477-2906-7 bestellbar beim Philippinenbüro im Asienhaus
- Philippinen - Ein Länderporträt, Hilja Müller, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2020, ISBN 978-3-7425-0507-1
- <https://www.asienhaus.de/de/philippinenbuero/publikationen/stimmen-aus-den-philippinen/>

QUELLEN/ LINKS

WENN MINDERJÄHRIGE GEGEN DAS GESETZ IN DEUTSCHLAND VERSTOSSEN (S. 11)

- https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-565757~_parentId-tagesschau-interviews-101.html
- <https://www.dw.com/de/wenn-kinder-straftaten-begehen/a-49534438>

DAS PHILIPPINISCHE GESETZ FÜR STRAFTÄTER UNTER 15 JAHREN (S. 12)

- Juvenile Justice and Welfare Council (JJWC)-Legislative Advocacy Kit, JJWC National Secretariat, Mai 2019, S. 12-14
- <https://www.officialgazette.gov.ph/2013/10/03/republic-act-no-10630/>

HERAUSFORDERUNGEN BEI DER UMSETZUNG DES PHILIPPINISCHEN JUGENDSTRAFRECHTS (S. 13)

- Juvenile Justice and Welfare Council (JJWC)-Legislative Advocacy Kit, JJWC National Secretariat, Mai 2019, S. 71-72

DAS TYPISCHE PROFIL JUGENDLICHER STRAFTÄTER AUF DEN PHILIPPINEN (S. 14)

- REPUBLIC ACT No. 9344, 28. April 2006 <https://www.officialgazette.gov.ph/2006/04/28/republic-act-no-9344-s-2006/>
- BREAKING RULES: Children in Conflict with the Law and the Juvenile Justice Process, The Experience

in the Philippines. Research On The Situation Of Children In Conflict With The Law In Selected Metro Manila Cities, Save the Children UK, Quezon City, 2004

PORTRÄT: VOM STRASSENKIND ZUM MUSTERSCHÜLER (S. 15)

- Juvenile Justice and Welfare Council (JJWC)-Legislative Advocacy Kit, JJWC National Secretariat, Mai 2019

STRAFTÄTIGE MINDERJÄHRIGE SIND SELBST OPFER (S. 16-19)

- https://psa.gov.ph/sites/default/files/2015%20CPH_REPORT%20NO.%202_Philippines.pdf
- <https://www.adb.org/countries/philippines/poverty>
- <https://news.abs-cbn.com/news/11/23/17/almost-half-of-filipino-kids-suffer-from-malnutrition-abuse-unicef>
- <https://news.abs-cbn.com/news/06/13/17/how-many-young-filipinos-are-out-of-school>
- <https://www.ibon.org/filipinos-denied-economic-social-and-cultural-rights/>
- Out-of-School Children and Youth in the Philippines, Philippine Statistics Authority, 2015-029
- <https://news.abs-cbn.com/-depth/04/23/12/k12-good-employment-says-luistro>
- <https://www.bworldonline.com/poverty-reduction-president-dutertes-lasting-legacy/>
- Situation Analysis of Children in the Philippines, National Economic and Development Authority (NEDA) and UNICEF Philippines 2018
- <https://www.unicef.org/philippines/reports/situation-analysis-children-philippines>
- https://www.dol.gov/sites/dolgov/files/ILAB/child_labor_reports/tda2018/Philippines.pdf

- <https://www.unicef.org/philippines/media/556/file>
- <https://www.officialgazette.gov.ph/1993/11/09/republic-act-no-7658/>
- https://www.dol.gov/sites/dolgov/files/ILAB/child_labor_reports/tda2018/Philippines.pdf
- <https://news.abs-cbn.com/business/01/31/15/worst-forms-child-labor-persist-philippines>
- <https://www.omct.org/rights-of-the-child/reports-and-publications/philippines/2020/06/d25937/>
- Duterte: Young children are being used by drug syndicates, CNN Philippines, 23.01. 2019
- Ratcliffe, Rebecca, Philippines war on drugs may have killed tens of thousands, says UN, The Guardian, 06.04.2020
- <https://newsinfo.inquirer.net/1131433/6600-killed-in-war-vsdrugs-from-july-2016-to-may-2019-pnp>
- National Baseline Study on Violence against Children: Philippines, CWC and UNICEF, Philippines, 2016
- The Life of Street Children in the Philippines and Initiatives to Help Them, Fr. Shay Cullen, 2005
- Cabico, Gaea Katreena, At least 122 children killed in government's drug war - report, Philstar.com, 30.06.2020
- <https://rappler.com/nation/new-metro-manila-minimum-wage-500-to-537-pesos>

KINDER GEHÖREN NICHT INS GEFÄNGNIS! (S. 20)

- Global Study on Children Deprived of Liberty, United Nations - General Assembly, Juli 2019
- National Baseline Study on Violence against Children: Philippines, Council for the Welfare of Children and UNICEF Philippines, 2016
- <https://opinion.inquirer.net/119227/wheres-hope-in-bahay-pag-asa>
- <https://newsinfo.inquirer.net/1078232/>

bahay-pag-asa-offers-some-hope-to-youth-offenders#ixzz6YF4wPCx9

- The Torture and Suffering of the Innocents, Shay Cullen, PREDA Foundation, 24. April 2020

WAS IST DIVERSION? (S. 23)

- https://pnp.gov.ph/images/Manuals_and_Guides/DIDM/MANUAL-IN-HANDLING-CASES-OF-CHILDREN-AT-RISK-AND-CHILDREN-IN-CONFLICT-WITH-THE-LAW.pdf
- Juvenile Justice and Welfare Council (JJWC)-Legislative Advocacy Kit, JJWC National Secretariat, Mai 2019, S. 15

ANSÄTZE ZUR VERHINDERUNG VON STRAFTATEN BEI KINDERN UND JUGENDLICHEN (S. 24-28)

STAATLICHE UNTERSTÜTZUNG BEI DER GRUNDVERSORGUNG VON KINDERN

- Situation Analysis of Children in the Philippines, National Economic and Development Authority (NEDA) and UNICEF Philippines, 2018
- <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/234282/weltkindertag>
- <https://www.dswd.gov.ph/4ps-remains-on-track-with-objectives-to-send-children-to-school-keep-them-healthy/>
- <https://www.rappler.com/business/unemployment-rate-philippines-april-2020>
- <https://familienportal.de/familienportal/lebenslagen/kinder-jugendliche/staatliche-leistungen>
- <https://www.savethechildren.org.ph/our-work/program/childs-rights-and-protection/>
- The Child and Youth Welfare Code (Presidential Decree No. 603) December 10, 1974
- <https://pcw.gov.ph/presidential-decree-no-603->

the-child-and-youth-welfare-code/

- <https://www.rappler.com/newsbreak/in-depth/modern-filipino-families-state-protection-welfare>
- <https://www.pna.gov.ph/articles/1070896>
- <https://www.officialgazette.gov.ph/download-s/2019/02feb/20190220-RA-11210-RRD.pdf>
- <https://cnnphilippines.com/life/culture/2018/03/27/single-mothers-Philippines.html>
- <http://www.psa.gov.ph/current-labor-statistics/highlights>
- <https://www.worldbank.org/en/country/philippines/brief/faqs-about-the-pantawid-familyang-pilipino-program>

MASSNAHMEN ZUR EINHALTUNG DER KINDERRECHTSKONVENTION

STAATLICHE UND NICHTSTAATLICHE AKTEURE IN DEUTSCHLAND

- <https://www.nationale-stelle.de/nationale-stelle.html>
- <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/monitoring-stelle-un-krk/themen/kindgerechte-justiz/#c25053>
- <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/monitoring-stelle-un-krk/>
- <https://www.netzwerk-kinderrechte.de/wer-wir-sind/ueber-uns.html>
- <https://www.unicef.de/>
- <https://www.misereor.de/>
- www.tdhgsea.org/web2017
- <https://www.tatort-verein.org/engagement/philippinen/kinder-hinter-gittern/>

STAATLICHE UND NICHTSTAATLICHE AKTEURE AUF DEN PHILIPPINEN

- <https://jjwc.gov.ph/>
- <https://jjwc.gov.ph/wp-content/uploads/2019/12/Council-Reso-No.-04-s2006.pdf>

- <https://cwc.gov.ph/>
- <https://childrightsnetwork.ph/>
- <http://www.preda.org/de/about>

PHILIPPINEN BASISDATEN (S. 30)

- Household Size and Composition Around the World 2017, United Nations
- <http://www.psa.gov.ph/content/employment-rate-april-2019-estimated-949-percent>
- <http://hdr.undp.org/en/content/2019-human-development-index-ranking>
- <https://www.rappler.com/business/unemployment-rate-philippines-april-2020>
- CIA World Factbook

EINHALTUNG DER ARTIKEL 37 UND 40 DER KINDERRECHTSKONVENTION AUF DEN PHILIPPINEN UND IN DEUTSCHLAND (S. 32)

- https://unicef.at/fileadmin/media/Infos_und_Medien/Info-Material/Kinderrechte/UNICEF-Kinderrechte-Poster-2019-deutsch.pdf
- <https://dejure.org/gesetze/StGB/19.html>
- <https://www.juraforum.de/lexikon/jugendstrafrecht>
- <https://pcw.gov.ph/republic-act-7610-special-protection-of-children-against-abuse-exploitation-and-discrimination-act/>
- Jugendschutzgesetz (JuSchG) vom Juli 2002 <https://www.gesetze-im-internet.de/juschg/BJNR273000002.html>
- <https://www.preda.org/2019/inside-bahay-pag-asa-with-poor-conditions-in-juvenile-detention-centers-children-in-conflict-with-the-law-are-facing-little-ho->

pe-for-the-future/

- <https://www.unicef.de/blob/202058/eebc-c2a92d857ea830d84c9b6eb3ca40/die-umsetzung-der-un-kinderrechtskonvention-in-deutschland-data.pdf>
- https://www.kinderrechte.de/fileadmin/Redaktion/1_Unsere_Arbeit/1_Schwerpunkte/2_Kinderrechte/2.17_Kinderrechte_ins_Grundgesetz/Initiative_KR_ins_GG_-_Gemeinsames_Verstaendnis.pdf
- <https://www.bundestag.de/resource/blob/424512/b5c1e72d5581b9d46cede345794eff03/wd-3-040-16-pdf-data.pdf>
- <https://www.bundestag.de/resource/blob/709102/1cde7d22b522b5385257b53f8f9f05c1/WD-3-150-20-pdf-data.pdf>
- <https://www.kinderrechte.de/kinderrechte/kinderrechte-ins-grundgesetz/>
- Scheffler, Gabriele, Wenn Jugendliche straffällig werden, Bonn, 2005
- http://www.bag-s.de/fileadmin/user_upload/PDF/Jugendbroschuere_fuer_Homepage.pdf
- Juvenile Justice and Welfare Council (JJWC)-Legislative Advocacy Kit, JJWC National Secretariat, Quezon City, Mai 2019
- <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/recht-a-z/22414/jugendarrest>



oben & unten: Dietmar Bär, Klaus J. Behrendt und Joe Bausch besuchten 2005 Projektpartner auf den Philippinen. Dort besuchten sie auch Gefängnisse, in denen Kinder inhaftiert sind. Der Schauspieler und Mediziner Joe Bausch untersuchte Kinder in einem Gefängnis, das sie in der Stadt Malabon besucht haben. Bilder: Cajus van Eickels





Dietmar Bär, Klaus J. Behrendt und Joe Bausch sind bekannt als Freddy Schenk, Max Ballauf und Dr. Joseph Roth in den Kölner Tatort-Krimis des WDR.

Dietmar Bär und Klaus J. Behrendt gründen 1998 den Tatort-Verein. Sie unterstützen seitdem die Projekt- und Öffentlichkeitsarbeit rund um die Themen Kinderrechte und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Trotz zahlreicher Dreharbeiten finden die Schauspieler immer Zeit den Verein bei Presseveranstaltungen und öffentlichen Veranstaltungen zu vertreten. Bei den Projektbesuchen vor Ort informieren sie sich über die Arbeit der Projektpartner auf den Philippinen und in Afrika. In Deutschland setzen sie sich ebenso für Kinderrechte ein.

Joe Bausch kommt 2004 zum Tatort-Verein. Nicht nur in den Tatort-Filmen stellt Bausch den Gerichtsmediziner Dr. Roth dar, auch im echten Leben arbeitete er bis zu seiner Pensionierung als Gefängnisarzt der JVA in Werl. Durch seinen beruflichen Hintergrund kann er besonders gut die Situation in den philippinischen Gefängnissen beurteilen.

Tatort-Straßen der Welt e.V.
Boisseréestr. 3
50674 Köln

Fon: +49 (0)221/9 123 0-45
Fax: +49 (0)221/9 123 0-44
Email: kontakt@tatort-verein.org
www.tatort-verein.org

Spendenkonto Sparda Bank West
IBAN: DE37 3706 0590 0000 6666 66

**ENGAGEMENT
GLOBAL**
Service für Entwicklungsinitiativen



Tatort -
Straßen der Welt e.V.



www.blauer-engel.de

- aus 100% Altpapier
- energie- und wassersparend hergestellt
- besonders schadstoffarm